



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Z 2

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 9

September 1963

Aufsätze:

Erwerbsfähige Bevölkerung 1962-1977

Straßenverkehrsunfälle 1962

Ausgaben Straßenbau

Industrie in den Kreisen

Grenz-Reiseverkehr 1962

Bausparkassen 1962

Öffentliche Fürsorge 1962

Kurzberichte:

Rentenversicherung 1962

Öffentliche Verschuldung 1962

Graphik des Monats: Bevölkerungsveränderung in den Ämtern

INDUSTRIELAND

AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

Zur Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins

Die Angaben gelten im allgemeinen für 1962 oder 1961, beim Ausland für das nächstliegende verfügbare Jahr.

Auf Fussnoten und Erläuterungen wurde der Übersichtlichkeit wegen verzichtet.

Schleswig-Holstein als Agrarland

85 % der Fläche des Landes gehören zu Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 150 Einwohnern je qkm, d. h. zu ländlichen Wohnverhältnissen

Schleswig-Holstein	Rheinland-Pfalz	Niedersachsen	Bayern	Hessen	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Bundesrepublik
--------------------	-----------------	---------------	--------	--------	-------------------	---------------------	----------------

Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) in %:

75 48 62 57 : 48 : 54 60 57

Anteil der Waldfläche an der Fläche des ganzen Landes in %:

9 38 20 33 : 39 : 36 24 29

Im Wirtschaftsleben spielt die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein eine relativ grössere Rolle als in jedem anderen Land der Bundesrepublik.

Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in %:

12 9 11 9 : 5 : 6 3 6

und an allen Erwerbstätigen in %:

17 21 19 21 : 14 : 15 7 14

Ausgaben des Landeshaushalts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in den Jahren 1950 bis 1961 – ordentlicher und ausserordentlicher Haushalt – in DM je Einwohner, Bruttoausgaben:

763 334 517 466 : 338 : 413 318 405

Eigenausgaben:

242 190 244 284 : 204 : 285 216 237

In Schleswig-Holstein bieten relativ mehr landw. Betriebe eine selbständige Existenz als in jedem anderen Bundesland, weil sie durchschnittlich viel grösser sind:

Durchschnittliche Grösse der landwirtsch. Betriebe über 0,5 ha LN in ha:

20 5 11 9 : 6 : 5 9 8

Anteil der ihren Betrieb hauptberuflich bewirtschaftenden Inhaber an allen Betriebsinhabern 1956 in %:

81 65 67 77 : 53 : 65 68 68

Bruttoinlandsprodukt im Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – je dort Erwerbstätigen – in 1 000 DM:

8,0 3,8 6,4 4,1 : 4,4 : 4,3 6,1 5,0

und im Bereich Landwirtschaft – je ha LN – in 1 000 DM:

1,0 1,3 1,0 0,9 : 1,2 : 1,1 1,4 1,1

Bei folgenden wichtigen landwirtschaftl. Erzeugnissen und Beständen ist der Anteil Schleswig-Holsteins am Bundesgebiet höher als sein Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (8 %):

Ölfrüchte	55 %	Schweinebestand	10 %
Baumschulen	27 %	Milch	9 %
Gemüse	12 %	Rinderbestand	10 %
Hülsenfrüchte	11 %		

Internationaler Vergleich:	Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in %	Anteil der LN an der Gesamtfläche in %	Ernteertrag bei Weizen Ø 1958-1961 dz je ha	Milchleistung 1 000 kg je Kuh im Jahr
Schlesw.-Holst. Bundesrepublik	12,1	75	35	4,0
Deutschland	7,2	58	32	3,4
Belgien	6,8	56	37	3,8
Dänemark	.	73	40	3,7
Frankreich	10,0	63	24	2,1
Grossbritannien	4,1	82	34	3,0
Italien	17,3	69	18	1,6
Luxemburg	7,8	54	21	3,5
Niederlande	10,6	71	41	4,3
Polen	.	65	17	2,1
Ungarn	.	77	15	2,3
Kanada	.	6	13	2,6
USA	4,0	56	16	3,2

Schleswig-Holstein als Industrieland

66 % der Bevölkerung des Landes leben in Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 250 Einwohnern je qkm, d. h. in städtischen Wohnverhältnissen

Schleswig-Holstein	Rheinland-Pfalz	Niedersachsen	Bayern	Hessen	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Bundesrepublik
--------------------	-----------------	---------------	--------	--------	-------------------	---------------------	----------------

Der Anteil von Industrie und Handwerk am Bruttoinlandsprodukt ist in Schleswig-Holstein mehr als dreimal so gross wie der der Landwirtschaft.

In Industrie und Handwerk sind in Schleswig-Holstein mehr als zweimal so viel Personen tätig wie in der Landwirtschaft.

Der prozentuale Anteil von Industrie und Handwerk am Bruttoinlandsprodukt ist in Schleswig-Holstein kleiner als in jedem anderen Land der Bundesrepublik:

45 51 49 51 : 51 : 59 61 55

Ausgaben des Landeshaushalts für Handel, Industrie und Gewerbe von 1950 bis 1961 – ordentlicher und ausserordentlicher Haushalt – in DM je Einwohner:

Bruttoausgaben: 84 48 52 102 : 73 : 63 54 68

Eigenausgaben: 54 44 48 86 : 68 : 62 53 60

Im Bauhauptgewerbe für gewerbliche und industrielle Bauten von 1957 bis 1962 geleistete Arbeitsstunden je Einwohner:

31 46 46 49 : 54 : 57 78 59

Die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie je 1 000 Einwohner ist in Schleswig-Holstein niedriger als in jedem anderen Land der Bundesrepublik:

75 107 102 128 : 139 : 186 152 137

aber höher als in Japan:

Tschechoslowakei	153	Italien	85
Grossbritannien	147	Dänemark	76
Bundesrepublik	137	SCHLESW.-HOLST.	75
Schweiz	121	Japan	65
Schweden	111	Argentinien	61
Frankreich	103	Irland	51
Sowjet-Union	103	Brasilien	20
Niederlande	102	Türkei	11
USA	97	Indien	5

Bei den folgenden Industrieerzeugnissen ist der Anteil Schleswig-Holsteins an der Produktion des Bundesgebietes höher als sein Bevölkerungsanteil (4,3) im Durchschnitt der Jahre 1960/61:

Schiffbau (Fertiggestellte Neubauten von See- und Küstenschiffen)	34 %
Zündhölzer	28 %
Räucherwaren, Marinaden, Ölpräserven, Fischdauerwaren	27 %
Gemüsekonserven	23 %
Obstkonserven	21 %
Kalksandsteine	16 %
Marmelade, Gelee, Konfitüre	16 %
Wurst-, Fleisch- und Mischkonserven	15 %
Augengläser	14 %
Flüssigkeitspumpen	9 %
Leder	9 %
Zuckerwaren	9 %
Frauenstrümpfe	8 %
Papier (unveredelt)	7 %
Zement	7 %

Im Bau von Handelsschiffen liegt Schleswig-Holstein im internationalen Vergleich relativ an hervorragender Stelle:

(Bruttoregistertonnen je 1 000 Einwohner im Durchschnitt 1959/61)

Schleswig-Holstein	165	Grossbritannien	25
Schweden	103	Bundesrepublik	20
Norwegen	80	Japan	19
Niederlande	50	USA	3
Dänemark	48		

INHALT

9/63

Aktuelle Auslese	257
Blick auf morgen	258
Aus dem Inhalt.	258-259
Aufsätze	
Strukturveränderungen innerhalb der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1962-1977	260
Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1962	261-264
Die Ausgaben für den Straßenbau	264-266
Die Industrie in den kreisfreien Städten und Kreisen	266-268
Der grenzüberschreitende Reiseverkehr im Jahre 1962	269-270
Die Bausparkassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1962	270-274
Öffentliche Fürsorge 1962	275-278
Kurzberichte	
Soziale Rentenversicherung 1962	278-279
Die öffentliche Verschuldung Ende 1962	279-280
Graphik des Monats	272-273
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	281-286
Kreiszahlen	287
Schleswig-Holstein im Bund	288
Wirtschaftskurven A - allgemein	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1963

Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961
Vieh- und Fleischwirtschaft 1961/62
Feldfrüchte 1962
Unternehmen des Einzelhandels 1960
Ausgaben für Schulen
Streiks 1962
Zahlungsschwierigkeiten 1962
Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft

Heft 5/1963

Fremdenverkehr in den Seebädern
Arbeitsstätten und Unternehmen 1961
Milchwirtschaft 1962
Spareinlagen 1961/62
Krankenstand Winter 1962/63
Zwischenfrüchte 1962

Heft 6/1963

Struktur der Landesausgaben
Personal der öffentlichen Verwaltung
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959
Schichtung der Lohneinkommen 1961
Lohnstruktur im Erwerbsgartenbau
Lohnstruktur in der Forstwirtschaft
Ausländer 1962
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs
Hypotheken 1962
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962

Heft 7/1963

Altersaufbau der Bevölkerung
Steueraufkommen 1962
Gemeindestraßen
Realkreditinstitute 1962
Infektionskrankheiten 1962
Kapitalgesellschaften

Heft 8/1963

Entwicklung des Gemüseanbaues
Chemische Industrie 1956-1962
Die Autowelle



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 9

September 1963

Aktuelle Auslese

PKW-BESTAND SEIT 1959 MEHR ALS VERDOPPELT



Am 1. Juli 1963 gab es in Schleswig-Holstein 288 000 Personenkraftwagen, 10% mehr als Anfang des Jahres. In den 4 Jahren seit Mitte 1959 hat sich damit der Pkw-Bestand mehr als verdoppelt. Der Bestand an Kraftträdern ist dagegen in diesem Zeitraum um zwei Fünftel zurückgegangen und umfaßte Anfang Juli 1963 nur noch 39 000 Fahrzeuge. Im Bundesgebiet (ohne Berlin) gab es am 1. Juli 1963 7,1 Mill. Personenkraftwagen. Ihr Bestand hat sich im ersten Halbjahr 1963 um 8% erhöht.

ENERGIEVERBRAUCH DER INDUSTRIE



Der Heizölverbrauch der schleswig-holsteinischen Industrie war in den ersten sechs Monaten des Jahres 1963 wesentlich höher als im ersten Halbjahr 1962 (+ 21%). Auch der Stromverbrauch hat zugenommen (+ 4%). Es wurden dagegen weniger Kohle (– 18%) und weniger Gas (– 10%) verbraucht.

ANGESTELLTENVERDIENSTE IN INDUSTRIE UND HANDEL



Die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der männlichen Angestellten lagen im Mai 1963 in Schleswig-Holstein zwischen 1 062 DM in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie und 721 DM in Spinnereien; die weiblichen Angestellten verdienten zwischen 679 DM in der Eisen- und Stahlindustrie und 452 DM im Einzelhandel.

KRAFTFAHRZEUGSTEUER – SOLLAUFKOMMEN 1963



Das örtliche Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuern in Schleswig-Holstein wurde nach den Sollkarten der Finanzämter in den Monaten Mai und Juni 1963 festgestellt. Alle damals angemeldeten Kraftfahrzeuge wurden mit dem Steuerbetrag erfaßt, den ein Kraftfahrzeughalter zahlen müßte, wenn sein Kraftfahrzeug für das ganze Jahr 1963 zugelassen wäre. Nach dieser Berechnung ergibt sich als Landesdurchschnitt für 1963 ein Steueraufkommen von 32,90 DM je Einwohner. In den kreisfreien Städten wird dieser Durchschnitt mit 32,80 DM fast genau erreicht. In den kreisangehörigen Gemeinden sinken die Durchschnittsbeträge mit fallender Gemeindegrößenklasse:

Kreisangehörige Gemeinden mit	DM je Einwohner
20 000 und mehr Einwohnern	39,10
10 000 bis unter 20 000 Einw.	34,20
5 000 " " 10 000 "	32,80
3 000 " " 5 000 "	33,80
weniger als 3 000 Einwohner	29,90

Zahl der JURASTUDENTEN NIMMT AB



Die Zahl der Studenten, die an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel Rechtswissenschaft studieren, ist in den letzten fünf Jahren rückläufig gewesen:

Sommersemester	1958	Deutsche Studierende ¹	920
	1959		912
	1960		801
	1961		693
	1962		655
	1963		613

1) ohne Beurlaubte und Gasthörer

Die Gesamtzahl der deutschen Studenten an der Kieler Universität hat dagegen ständig zugenommen, und zwar von 3 932 im Sommersemester 1958 auf 5 742 im Sommer 1963 (+ 46%).

Blick auf morgen

Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein abweichend von der im Bundesgebiet

Wenn die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein mit der für das Bundesgebiet verglichen wird, dann lassen sich die Besonderheiten Schleswig-Holsteins gut erkennen. Eine Spezialuntersuchung¹ der Europäischen Arbeitsgruppe für angewandte Wirtschaftsforschung, PROGNOS, ermöglicht einen solchen Vergleich. Die von dieser Arbeitsgruppe ausgeführte Bevölkerungsvorausberechnung für das Bundesgebiet deckt sich methodisch weitgehend mit der hier vorliegenden Vorausberechnung für Schleswig-Holstein. Beide Berechnungen lassen die Wanderungen außer acht.

Altersgruppe	Schleswig-Holstein	Bund
Veränderung 1975 gegenüber 1961		
0 – 14 Jahre	+ 20,7 %	+ 22,1 %
15 – 24 Jahre	– 16,0 %	– 4,2 %
25 – 49 Jahre	+ 17,9 %	+ 9,6 %
50 – 64 Jahre	– 18,8 %	– 11,7 %
15 – 64 Jahre	– 1,6 %	+ 0,2 %
65 Jahre und älter	+ 27,6 %	+ 57,2 %

Das Wachstum der Bevölkerung in den kommenden Jahren wird sich – in Schleswig-Holstein schwächer als im Bundesgebiet – im wesentlichen auf die Altersgruppen unter 15 Jahre und über 65 Jahre konzentrieren. Innerhalb der Erwerbsbevölkerung wird sich die Gruppe der 25- bis 49jährigen in Schleswig-Holstein erheblich günstiger entwickeln als im Bundesgebiet.

1) Die wirtschaftliche und demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in den Bundesländern 1950 bis 1975, Basel 1962

Aus dem Inhalt

Erwerbsfähige Bevölkerung 1962–77 S.260

Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins wird in den kommenden Jahren voraussichtlich ständig zunehmen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, das sind die 15- bis 64jährigen, wird dagegen zahlenmäßig leicht zurückgehen. Die Besetzung dieser Altersgruppe wird im Zeitraum 1962 bis 1977 in Schleswig-Holstein zwischen 1,53 Mill. und 1,50 Mill. Menschen liegen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an allen Einwohnern, der 1962 65,7% ausmachte, wird bis 1977 auf 60,7% absinken. Hinter diesen beiden Werten, die auf eine negative Entwicklung der Erwerbsbevölkerung hinweisen, verbergen sich aber Strukturveränderungen, die das effektive Arbeitskräftepotential günstig beeinflussen. Die Zahl der 25- bis 44jährigen Männer, deren Erwerbsbeteiligung normalerweise besonders groß ist, wird nach der vorliegenden Vorausberechnung in eineinhalb Jahrzehnten von 257 000 auf 356 000 ansteigen. Eine weitere Strukturveränderung bahnt sich dadurch an, daß die Entwicklung bei den Frauen wesentlich anders verlaufen wird als bei den Männern. Während die Zahl der Männer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren bis 1977 leicht zunehmen wird, wird die Zahl der Frauen in diesem Alter rückläufig sein.

Strassenverkehrsunfälle 1962

Seite 261

Der ständige Anstieg der Straßenverkehrsunfälle war im Jahre 1961 erstmalig unterbrochen worden. Diese Besserung hat sich auch 1962 fortgesetzt. Es wurden nur noch 13 000 Unfälle mit Personenschaden gezählt, das sind 2% weniger als 1961. Mit dem Rückgang der Unfallzahl hat die Zahl

der Verunglückten nicht Schritt gehalten. 1962 verunglückten 17 500 Menschen, das sind 0,9% mehr als im Vorjahre. 641 Personen wurden getötet gegenüber 596 im Jahre 1961 (+ 7,6%). Die Schwerverletzten nahmen um 1,5% auf 5 402 zu, und auch die Zahl von 11 430 Leichtverletzten lag um 0,2% über der vorjährigen. Aus dem Anwachsen der Zahl der Verunglückten bei sinkender Unfallzahl sieht man, daß die Unfälle schwerer geworden sind, da mehr Leute je Unfall verunglückten. 1961 verunglückten noch 1,23 Personen je Unfall in den Ortschaften und 1,48 auf freier Strecke. Diese beiden Zahlen stiegen im Jahre 1962 auf 1,25 und 1,52. Auch die Personenschäden wurden schwerer, da der Anteil der Getöteten und Schwerverletzten an der Gesamtzahl der Verunglückten stieg. – In Ortschaften und auf freier Strecke verunglückten insgesamt tödlich oder schwer 6 000 Menschen. 29% hiervon waren Zweiradfahrer und 24% Fußgänger. Den größten Anteil stellen aber mit 43% die Autofahrer; sie verunglücken überwiegend auf freier Strecke. Hier ist der gefährlichste Punkt der Entwicklung, der alle Aufmerksamkeit erfordert.

Ausgaben Strassenbau

Seite 264

Im Zeitraum 1951 bis 1961 wurden vom Land und den Kommunen zusammen 1,8 Mrd. DM an Bauinvestitionen nachgewiesen. Der Schwerpunkt der Bauinvestitionen lag in diesen elf Jahren mit 40% aller Neu- und Wiederaufbauten bei dem Straßen-, Wege-, Brücken- und sonstigen Tiefbau. Auch die kommunalen Haushalte für sich betrachtet, zeigen mit 39% als eindeutigen Schwerpunkt die Bauinvestitionen für Straßen, Wege und Brücken.

Industrie in den Kreisen

Seite 266

Die gegenwärtige räumliche Verteilung der Industrie Schleswig-Holsteins ist dadurch gekennzeichnet, daß mehr als die Hälfte aller Industriebeschäftigten in Betrieben tätig sind, die in den vier kreisfreien Städten ihren Standort haben. 1962 kamen in diesen Städten 132 Industriebeschäftigte auf 1 000 Einwohner, in den Kreisen waren es nur 52 Beschäftigte. Wird die Abhängigkeit des Industrialisierungsgrades von der Gemeindegröße untersucht, so zeigt sich, daß mit steigenden Einwohnerzahlen der Anteil der Industriebeschäftigten an der Bevölkerung wächst. – Die Verteilung des Umsatzes auf die kreisfreien Städte und Kreise weicht von der Verteilung der Beschäftigten ab. Vom gesamten Industrieumsatz des Jahres 1962 entfielen mehr als sechs Zehntel auf Betriebe in Kreisen. Der jährliche Umsatz je Beschäftigten war dort 1962 mit 54 200 DM um rund 80% höher als in den kreisfreien Städten mit 30 800 DM. Diese Tatsache ist durch die Existenz einiger Betriebe mit besonders hohem Umsatz je Beschäftigten (z. B. Nahrungs- und Genußmittelindustrie) in den Kreisen zu erklären.

Grenz-Reiseverkehr 1962

Seite 269

Im Jahre 1962 reisten 8,7 Mill. Personen über die Auslands-grenze unseres Landes ein, das sind 21% mehr als 1961. Von den Einreisenden kamen etwa drei Viertel über die Land-übergänge und ein Viertel über die Seeübergänge nach Schleswig-Holstein. Verglichen mit den Reisen des Jahres 1961 haben die Einreisen auf dem Landwege stärker zugenommen als die auf dem Seewege. Der internationale Verkehr über die deutsch-dänische Landgrenze stand auch 1962 weiterhin im Zeichen der zunehmenden Motorisierung.

Bausparkassen 1962

Seite 270

Im Jahre 1962 wurden in Schleswig-Holstein 22 700 Bausparverträge mit einer Vertragssumme von 391 Mill. DM neu abgeschlossen. Die Zuwachsraten sind wiederum größer als im Bundesgebiet. Die Anzahl der Vertragsabschlüsse war um ein Zehntel höher als 1961 und die gesamte Bausparsumme der neu abgeschlossenen Verträge um gut 8%. Die Zuwachsraten des Jahres 1961 waren jedoch bei weitem nicht erreicht worden. Die durchschnittliche Vertragssumme ging von 17 600 auf 17 200 zurück. Der Schwerpunkt des Neugeschäfts der Bausparkassen liegt unverändert in der zweiten Hälfte des Jahres und dabei hauptsächlich im Dezember. – Der Geldeingang machte bei den Bausparkassen Schleswig-Holsteins 1962 194 Mill. DM aus, davon entfielen 134 Mill. DM auf die Spargelder. – In Schleswig-Holstein stellte sich Ende 1962 der Bestand an Bauspardarlehen und Zwischenkrediten auf 244 Mill. DM. Der Finanzierungsspielraum – die Differenz zwischen Bauspareinlagen und Darlehen sowie Zwischenkrediten – hat sich weiterhin vergrößert.

Öffentliche Fürsorge 1962

Seite 275

Neben den großen Sozialeinrichtungen (Krankenversicherung, Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, Kriegsopferversorgung und Lastenausgleich) spielt die öffentliche Fürsorge mit Ausgaben in Höhe von 92,7 Mill. DM im Jahre 1962 in Schleswig-Holstein eine verhältnismäßig kleine Rolle. Von diesem Aufwand entfielen 37,5 Mill. DM auf die allgemeine geschlossene Fürsorge und 33,1 Mill. DM auf die allgemeine offene Fürsorge sowie 9,5 Mill. DM auf die Sozialfürsorge und 5,7 Mill. DM auf die Tbc-Hilfe. Besonders hoch war im Rahmen der geschlossenen Fürsorge der Aufwand für die Anstalten für Nerven- und Geisteskranke. – Die Zahl der in der offenen Fürsorge und Tbc-Hilfe laufend unterstützten Personen ist von 1961 auf 1962 zurückgegangen, die Zahl der in der geschlossenen Fürsorge Untergebrachten dagegen leicht gestiegen. Die Zahl der in geschlossener Fürsorge untergebrachten Personen je 1 000 Einwohner ist mit 5,6 konstant geblieben. – Die "Fürsorgelast", d. h. der im Durchschnitt auf einen Einwohner entfallende Fürsorgeaufwand, ist in Schleswig-Holstein von 38,20 DM im Jahre 1961 auf 39,60 DM im Jahre 1962 gestiegen.

Rentenversicherung 1962

Seite 278

Während 1961 in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der 12 Monate 233 000 Arbeiter- und 87 000 Angestelltenrenten liefen, waren es 1962 234 000 und 88 000. Dabei entwickelten sich die einzelnen Rentenarten unterschiedlich: die Zahl der Versicherten-, Witwen- und Witwerrenten stieg, die der Waisenrenten fiel; das gilt sowohl für die Arbeiter- als auch für die Angestelltenrenten. – Der Rentenaufwand, der für Arbeiter- und Angestelltenrenten 1961 insgesamt 612 Mill. DM ausmachte, belief sich 1962 auf 649 Mill. DM. Die durchschnittliche Rentenhöhe pro Jahr ist ebenfalls gestiegen; sie betrug im Durchschnitt aller Renten 2 013 DM, nachdem sie 1961 nur 1 914 DM erreicht hatte.

Öffentliche Verschuldung 1962

Seite 279

Die gesamte Verschuldung der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein belief sich ohne Kassenkredite Ende 1962 auf 2,6 Mrd. DM, das sind 1 109 DM je Einwohner. Gegenüber dem Schuldenstand von Ende 1961 bedeutet das eine Zunahme um knapp 3%. Das Land ist an der Verschuldung mit fast 1,8 Mrd. DM beteiligt. Die kommunalen Schulden erreichten Ende 1962 811 Mill. DM, sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 14%. Von den 1 628 Gemeinden, Ämtern und Landkreisen waren 1 341 verschuldet. Im ganzen betrachtet, steigt die Verschuldung mit wachsender Gemeindegrößenklasse.

Strukturveränderungen innerhalb der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1962-1977

Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins wird in den kommenden Jahren voraussichtlich ständig zunehmen. Sie wird - wenn man von den Wanderungen über die Landesgrenze absieht - Anfang 1972 um 5,0% und 1977 um 6,6% höher sein als 1962. Dabei zeichnen sich beachtliche Strukturverschiebungen ab. Es wird schon in wenigen Jahren wesentlich mehr Kinder, aber auch noch mehr alte Leute geben als heute. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, das sind die 15-64jährigen, wird dagegen zahlenmäßig leicht zurückgehen. Die Besetzung dieser Altersgruppe, die den aktivsten Teil der Bevölkerung umfaßt, wird im Zeitraum 1962 - 1977 in Schleswig-Holstein zwischen 1,53 Mill. und 1,50 Mill. Menschen liegen. Die Fehlerquellen, die in dieser Berechnung stecken können, sind relativ gering, weil alle Personen, die bis 1977 erwerbstätig werden, heute schon leben. Erhebliche Veränderungen dieser Zahlen können sich jedoch dadurch ergeben, daß das in diesem Bevölkerungsteil enthaltene Angebot an Arbeitskräften mit der zukünftigen Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs nicht übereinstimmt. Ein hierdurch entstehendes Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt würde Wanderungsströme über die Landesgrenze auslösen.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Schleswig-Holstein
1962 bis 1977

Altersgruppe (in Jahren)	1.1.1962	1.1.1967	1.1.1972	1.1.1977
	in 1 000			
	Männer			
15 bis 24	202	167	160	168
25 " 44	257	320	344	356
45 " 64	263	241	221	214
15 " 64	722	728	724	739
	Frauen			
15 bis 24	178	156	152	160
25 " 44	294	320	318	326
45 " 64	337	322	310	283
15 " 64	808	798	780	769

Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an allen Einwohnern, der 1962 65,7% ausmachte, wird bis 1977 auf 60,7% absinken. Hinter diesen beiden Werten, die auf eine negative Entwicklung der Erwerbsbevölkerung hinweisen, verbergen sich aber Strukturveränderungen, die das effektive Arbeitskräftepotential günstig beeinflussen. Wird die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren nach dem Geschlecht und in drei Altersklassen aufgegliedert, und zwar in die 15- bis 24jährigen, in die 25- bis 44jäh-

rigen und in die 45- bis 64jährigen, so zeigt sich nämlich, daß bei den Männern die mittlere Gruppe erheblich anwachsen wird. Die Zahl der 25- bis 44jährigen Männer, deren Erwerbsbeteiligung normalerweise besonders groß ist (Erwerbsquote 1961 97%), wird nach der vorliegenden Vorausberechnung in eineinhalb Jahrzehnten von 257 000 auf 356 000 ansteigen. Ob allerdings dieser Zuwachs von fast 100 000 Männern im aktivsten Erwerbsalter der schleswig-holsteinischen Wirtschaft tatsächlich zugute kommen wird, kann nicht vorausgesagt werden. Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß die Gruppe der 15- bis 44jährigen besonders "mobile Jahrgänge" umfaßt, die bei ungünstigen Arbeitsplatzverhältnissen erfahrungsgemäß besonders leicht geneigt sind abzuwandern, zumal Hamburg für die in Schleswig-Holstein Lebenden als Arbeitszentrum recht anziehend wirkt.

Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der
Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein 1962 und 1977 in %

Altersgruppe (in Jahren)	1. 1. 1962			1. 1. 1977		
	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen
15 bis 24	16,3	8,7	7,6	13,2	6,8	6,5
25 " 44	23,7	11,0	12,6	27,5	14,3	13,1
45 " 64	25,8	11,3	14,5	20,0	8,6	11,4
15 " 64	65,7	31,0	34,7	60,7	29,7	31,0

Eine weitere Strukturveränderung bahnt sich dadurch an, daß die Entwicklung bei den Frauen wesentlich anders verlaufen wird als bei den Männern. Während die Zahl der Männer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren bis 1977 leicht zunehmen wird (+2%), wird die Zahl der Frauen in diesem Alter rückläufig sein (-5%). Dennoch wird es auch 1977 immer noch mehr Frauen im erwerbsfähigen Alter geben als Männer. Anfang 1962 standen in Schleswig-Holstein 722 000 Männer, aber 808 000 Frauen in diesem Alter. Im Jahre 1977 wird der Abstand zwischen diesen beiden Zahlen nicht mehr so groß sein wie heute. Wenn bis dahin keine exogenen Einflüsse (z. B. heftige Wanderungen aus ökonomischen Gründen) die sich jetzt abzeichnende Entwicklung stören, so werden 1977 in Schleswig-Holstein 739 000 Männer und 769 000 Frauen im erwerbsfähigen Alter stehen. Das bedeutet, daß dann von der gesamten Bevölkerung des Landes 29,7% Männer und 31,0% Frauen dieser Altersgruppe angehören. Die entsprechenden Werte für 1962 liegen bei 31,0% (Männer) und 34,7% (Frauen).

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1962

Der ständige Anstieg der Straßenverkehrsunfälle war im Jahre 1961 erstmalig unterbrochen worden. Während sich 1960 noch 8% mehr Unfälle mit Personenschaden als im Vorjahre ereignet hatten, wurde diese Zahl 1961 nicht mehr überschritten. Diese erfreuliche Besserung hat sich auch 1962 fortgesetzt. Es wurden nur noch 13 000 Unfälle mit Personenschaden gezählt. Das sind 2% weniger als im Vorjahre. Diesen offensichtlichen Rückgang wagte man vor wenigen Jahren noch nicht zu erhoffen.

Man darf diese Besserung allerdings nun nicht kurzerhand als Folge einer besseren Verkehrsmoral nehmen. Wesentliche Einflüsse auf die Höhe der Unfallzahl hat auch der tiefgreifende Strukturwandel des Verkehrs. Er löst Tendenzen zum Besseren, aber auch zum Schlechteren aus. Im Augenblick überwiegen die Faktoren, die die Unfallzahl drücken.

Ein wichtiger unter diesen Faktoren ist das Zunehmen des Verkehrs innerhalb der Städte. Zu den Hauptverkehrsstunden wird er so stark, und das Tempo sinkt dadurch so weit, daß Unfälle meist nur zu Sachschaden führen. Außerhalb der Ortschaften ist das anders. Man kann dies gut in Tab. 1 erkennen.

In den Orten sind die Unfälle zurückgegangen, und zwar noch stärker als im Vorjahre. Das trifft für alle Straßenarten zu, außer den Bundesstraßen, auf denen sich etwas mehr Unfälle als im Vorjahre ereigneten. Zu dieser Straßenart gehören auch die Ortsdurchfahrten selbst

Tab. 1

Unfälle mit Personenschaden

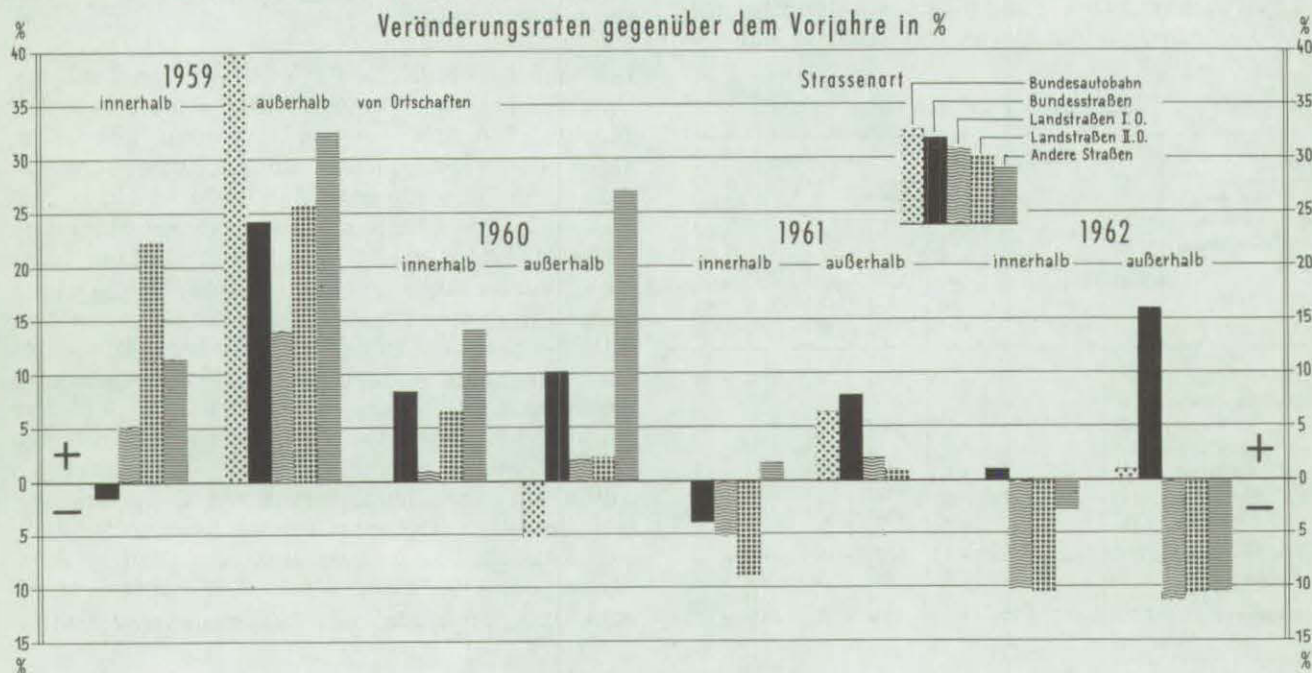
Straßenart	innerhalb				außerhalb			
	von Ortschaften							
	1961	Veränd. geg. 1960 in %	1962	Veränd. geg. 1961 in %	1961	Veränd. geg. 1960 in %	1962	Veränd. geg. 1961 in %
Bundesautobahn	x	x	x	x	117	+ 6,4	118	+ 0,9
Bundesstraßen	2 583	- 3,8	2 606	+ 0,9	2 090	+ 7,8	2 422	+ 15,9
Landstraßen								
I.O.	1 901	- 5,1	1 705	- 10,3	1 423	+ 2,1	1 262	- 11,3
II.O.	342	- 8,8	306	- 10,5	327	+ 0,6	292	- 10,7
Andere Straßen	3 920	+ 1,6	3 812	- 2,8	497	-	445	- 10,5
Insgesamt	8 746	- 2,0	8 429	- 3,6	4 454	+ 4,5	4 539	+ 1,9

der Dörfer, wenn sie im Zuge von Bundesstraßen liegen. Der sich hier abspielende Verkehr ist zu einem guten Teil Fernverkehr. Hält man den auffallend starken Anstieg der Unfälle auf Bundesstraßen außerhalb der Ortschaften daneben, so drängt sich die Parallele auf. Bei den übrigen Straßenarten sind auch auf den freien Strecken die Unfälle nennenswert zurückgegangen. Aus der Aufgliederung der Tab. 1 schält sich der überörtliche Verkehr auf Bundesstraßen als ein kritischer Punkt heraus.

Man kann diese Tatsache einige Jahre zurück verfolgen. In der Abbildung sind die Änderungsraten der letzten 4 Jahre dargestellt. Man sieht,

D-3267

UNFÄLLE MIT PERSONENSCHADEN NACH STRASSENARTEN UND ORTSLAGEN 1959-1962



daß sich seit 1960 die freien Strecken der Bundesstraßen durch besonders große Zuwachsraten herausheben. Auch innerhalb der Orte zeigt sich eine parallele Erscheinung. Die Abbildung gibt im übrigen einen guten Überblick über die zunehmende Besserung und das Umschlagen der Entwicklungstendenz.

Mit dem Rückgang der Unfallzahl hat leider die Zahl der Verunglückten nicht Schritt gehalten. 1962 verunglückten 17 500 Menschen, das sind 0,9% mehr als im Vorjahre. 641 Personen wurden getötet gegenüber 596 im Jahre 1961 (+ 7,6%). Die Schwerverletzten nahmen um 1,5% zu auf 5 402, und auch die Zahl von 11 430 Leichtverletzten lag um 0,2% über der vorjährigen. Aus dem Anwachsen der Zahl der Verunglückten bei sinkender Unfallzahl sieht man, daß die Unfälle schwerer geworden sind, da mehr Leute je Unfall verunglückten. Auch die Personenschäden wurden schwerer, da der Anteil der Getöteten und Schwerverletzten an der Gesamtzahl der Verunglückten stieg.

Während 1961 die Summe der Getöteten und Schwerverletzten gegenüber dem Vorjahre um 0,2% gesunken war, stieg sie 1962 wieder um 2,1% an. Dabei war der Anstieg in den Ortschaften größer (Tab. 2). Am stärksten war er hier bei den Autofahrern, die 1962 ein Viertel der tödlich oder schwer Verunglückten stellten. Auch Fußgänger verunglückten mehr, dadurch stieg ihr Anteil auf 36%. Die Zweiradfahrer aller Art (Motorrad und -roller, Moped, Fahrrad), die 1961 noch mit 42% die stärkste Gruppe waren, fielen auf 35% zurück. Die Zahl der schwer verunglückten Zweiradfahrer war nämlich von einem Jahr zum anderen um 15% zurückgegangen. Das ist eine Folge des immer mehr zurückgehenden Gebrauchs dieser Fahrzeuge. Bei Unfällen auf freier Strecke sank ihre Zahl sogar um 27%, so daß ihr Anteil nur noch 22% beträgt. Die Fußgänger spielen hier mit 10% nur eine geringe Rolle. Der Anstieg der Ge-

samtzahl außerhalb der Orte geht auf die Autofahrer zurück, deren Anteil von 55% auf 63% im Jahre 1962 wuchs.

In Ortschaften und auf freier Strecke verunglückten insgesamt tödlich oder schwer 6 000 Menschen. 29% hiervon waren Zweiradfahrer. Ihre Zahl wird mit abnehmender Nutzung dieser Fahrzeuge zurückgehen. 24% waren Fußgänger. Sie verunglückten in erster Linie innerhalb der Ortschaften. Wegen der besonderen Schwere dieser Fälle verlangen sie ein besonderes Augenmerk. Den größten Anteil stellen aber mit 43% die Autofahrer. Sie verunglücken überwiegend auf freier Strecke. Hier ist der gefährlichste Punkt der Entwicklung, der alle Aufmerksamkeit erfordert.

Schon in dem Aufsatz über die Unfälle des Jahres 1961 wurde darauf hingewiesen, daß unter den verunglückten Autobenutzern die 18- bis 24-jährigen eine weit über ihrem Bevölkerungsanteil von 13% liegende Rolle spielen. Auch ihre Verkehrsbeteiligung dürfte bei weitem nicht den Anteil an den Verunglückten erreichen. 1961 betrug er 34% und stieg 1962 auf 36%. Auch die 25- bis 34-jährigen sind stark beteiligt, nämlich 1961 mit 20% und 1962 mit 24%. Die Unfälle dieser Altersjahrgänge sind zudem meist recht schwer. Sie sind in hohem Maße an Unfällen, die durch zu hohe Geschwindigkeit entstanden sind, beteiligt. Diese Unfälle sind häufig Alleinunfälle, das sind Unfälle, an denen nur ein Verkehrsteilnehmer beteiligt ist und bei denen das Fahrzeug z. B. ins Schleudern geriet oder aus der Kurve getragen wurde. Diese Alleinunfälle machen 38% aller Unfälle auf freier Strecke aus. Drei Viertel hiervon entfielen auf Personewagen, ein Anteil, der höher ist als der der Personewagen an allen Verkehrsteilnehmern, die bei Unfällen aller Art auf freier Strecke verunglückten (61%).

Die unterschiedliche Entwicklung der Zahl der Unfälle und der Verunglückten wies schon daraufhin, daß die Unfälle schwerer geworden sind. 1961 verunglückten noch 1,23 Personen je Unfall in den Ortschaften und 1,48 auf freier Strecke. Diese beiden Zahlen stiegen im Jahre 1962 auf 1,25 und 1,52. Damit hat sich die Lage nicht schlechthin verschlimmert, da ja diese Zahlen in erster Linie von der Zahl der am Unfall beteiligten Personen abhängt. Diese ist aber durch die Änderung der Verkehrsstruktur wandelbar. Mit dem Verschwinden der nur schwach besetzten Zweiräder und dem Zunehmen der Vergnügungsfahrten mit voll besetzten Autos sind im allgemeinen mehr Leute am Unfall beteiligt. Dadurch werden auch mehr verunglücken. Es sind aber auch gegenläufige Tendenzen da. Vom Alleinunfall sind weniger Menschen betroffen als vom Zusammenstoß zweier

Tab. 2 Getötete und Schwerverletzte

Art der Verkehrsbeteiligung	innerhalb von Ortschaften				außerhalb von Ortschaften			
	1961	Veränd. geg. 1960 in %	1962	Veränd. geg. 1961 in %	1961	Veränd. geg. 1960 in %	1962	Veränd. geg. 1961 in %
Auf Krafträdern	455	- 7	386	- 15	442	- 0	272	- 38
Personenkraftwagen	671	+ 24	813	+ 21	1 537	+ 11	1 779	+ 16
Lastkraftwagen	57	- 14	66	+ 16	92	- 30	111	+ 21
Mopeds	400	- 8	298	- 25	214	- 20	158	- 26
Fahrräder	461	- 12	429	- 7	194	- 16	188	- 3
Als Fußgänger	1 033	- 3	1 161	+ 12	302	+ 13	293	- 3
Andere	26	- 54	47	+ 81	34	+ 3	42	+ 24
Insgesamt	3 103	- 2	3 200	+ 3	2 815	+ 2	3 843	+ 1

Fahrzeuge. Diese Alleinunfälle nehmen aber an Bedeutung zu. Dadurch wird die Zahl der je Unfall Beteiligten gedrückt. Natürlich ist die Zahl der Verunglückten auch von anderen Unfallfaktoren abhängig. Man würde mehr Klarheit schaffen, wenn man neben den verunglückten auch die nicht verunglückten Unfallbeteiligten feststellte.

Da an einem Unfall verschiedenartige Verkehrsteilnehmer beteiligt sein können, muß man statt der Unfälle die beteiligten Verkehrsteilnehmer zählen wenn man die Gefährdung der einzelnen Fahrzeugbenutzergruppen feststellen will. In Tabelle 3 sind alle Verunglückten, also die Getöteten und Schwerverletzten sowie auch die Leichtverletzten, aufgeführt. Interessant ist der Vergleich der prozentualen Anteile in der Tabelle 3 mit den dort nicht ausgewiesenen, aber aus Tabelle 2 zu entnehmenden Anteilen der Gruppen an den Getöteten und Schwerverletzten allein. Die Fußgänger z. B. waren mit 36% an den Getöteten und Schwerverletzten in den Ortschaften beteiligt, hatten an allen Verunglückten aber nur einen Anteil von 24%. Das liegt daran, daß sie nur 19% der Leichtverletzten stellten, da ihre Personenschäden besonders schwer sind. Umgekehrt hatten die Autofahrer an den Getöteten und Schwerverletzten einen Anteil von 25%, an allen Verunglückten aber von 32%. Für die drei Gruppen der Zweiradfahrer lauten die Zahlen 35% und 42%. Für die freie Strecke sind die Unterschiede nicht so auffällig, aber in der Tendenz gleich. Die Änderung der Anteile der Personengruppen gegenüber dem Vorjahre zeigt die gleichen Grundrichtungen wie bei den Getöteten und Schwerverletzten, nur ist die Größe durch den verschiedenen Anteil an den Leichtverletzten gewandelt. Auffällig ist, daß die Autofahrer ein Drittel der Verunglückten in den Ortschaften und zwei Drittel auf freier Strecke stellen.

Tab. 3 Verunglückte 1962 in Schleswig-Holstein

Art der Verkehrsbeteiligung	Innerhalb von Ortschaften			außerhalb von Ortschaften		
	Verunglückte		Schwere ¹ der Personenschäden	Verunglückte		Schwere ¹ der Personenschäden
	Anzahl	In %		Anzahl	In %	
Auf Krafträdern	1 457	14	3,6	574	8	9,0
Personenkraftwagen	3 377	32	3,2	4 572	66	6,4
Lastkraftwagen	227	2	4,1	382	6	4,1
Mopeds	1 146	14	3,5	341	5	8,6
Fahrräder	1 636	14	3,6	434	6	7,6
Als Fußgänger	2 541	24	8,4	488	7	15,0
Sonstige	172	2	3,8	126	2	5,0
Insgesamt	10 556	100	4,4	6 917	100	7,0

1) Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte

In Tab. 3 ist auch noch die Schwere der Personenschäden dargestellt. Hierzu wird die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte errechnet. Man sieht, daß die Fußgänger besonders schwere Personenschäden haben. Die Schäden der Zweiradfahrer sind wesentlich leichter, aber immer noch etwas schwerer als die der Autofahrer. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, in welcher unterschiedlichen Weise ihre Fahrzeuge schützend den Aufprall abfangen. Auf freier Strecke gilt die gleiche Reihenfolge wie in den Ortschaften, doch sind die Unterschiede zwischen Zweirad- und Autofahrern größer. Vor allem aber sind die Schäden allgemein schwerer. Die der Zweiradfahrer sind denen der Fußgänger in den Orten vergleichbar. Gegenüber dem Vorjahre hat die Schwere insgesamt in den Ortschaften zu-, außerhalb abgenommen. Damit setzt sich eine Tendenz der letzten Jahre fort. Die Schwere der Personenschäden für alle Unfälle innerhalb und außerhalb von Ortschaften stieg von 5,2 auf 5,3. Damit sind nicht nur die oben genannten gegenläufigen Entwicklungen zusammengefaßt, sondern auch der steigende Anteil der auf freier Strecke Verunglückten ist berücksichtigt. Er stieg von 38% im Jahre 1961 auf 40% im folgenden Jahre.

In der Darstellung der Ergebnisse von 1961 war schon erläutert worden, warum die Entwicklung im Bundesdurchschnitt sich von der Schleswig-Holsteins unterscheidet. Auch im letzten Jahr verlief die Entwicklung nicht parallel, sondern war im Bundesdurchschnitt günstiger. Dort gingen die Unfälle in den Ortschaften um 7,9% zurück, auf freier Strecke nahmen sie um 0,6% zu. Auch die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten verringerte sich in den Ortschaften um 8,3%, während sie sich auf freier Strecke um 0,2% erhöhte. Leichtverletzte gab es 7,2% weniger in den Ortschaften und 3,2% mehr außerhalb. Die Gesamtzahl der Verunglückten sank nur um 7,5% in den Orten und wuchs um 2,0% außerhalb. Die Unfälle wurden also schwerer (stärkeres Sinken der Unfall- als der Verunglücktenzahl), während die Personenschäden leichter wurden (stärkeres Sinken der Zahl der Getöteten und Schwerverletzten als der der Leichtverletzten). Gegenüber Schleswig-Holstein waren die Unfälle schwerer (1,28 Verunglückte je Unfall gegenüber 1,25 in den Ortschaften und 1,60 gegenüber 1,52 auf freier Strecke). Wie Tab. 4 zeigt, sind aber die Personenschäden in beiden Ortslagen im ganzen leichter. Im einzelnen trifft dies für Fußgänger und Autofahrer zu, während die Zweiradfahrer im Bundesdurchschnitt schwerer verunglücken. Die Anteile der Personengruppen an der Gesamtzahl stimmen recht gut überein. Allerdings beträgt der Anteil der auf freier Strecke Verunglückten im Bundesdurchschnitt nur 36%.

Tab. 4 Verunglückte 1962 im Bundesgebiet

Art der Verkehrsbeteiligung	innerhalb von Ortschaften			außerhalb von Ortschaften		
	Verunglückte		Schwerer der Personenschäden	Verunglückte		Schwerer der Personenschäden
	Anzahl	in %		Anzahl	in %	
Auf Krafträdern	41 075	15	3,9	15 762	10	9,3
Personenkraftwagen	88 948	33	2,8	101 120	65	5,5
Lastkraftwagen	6 865	3	3,1	8 843	6	5,0
Mopeds	28 191	10	3,9	7 800	5	8,7
Fahrrädern	37 125	14	3,9	8 154	5	9,2
Als Fußgänger	63 911	23	3,9	10 162	7	15,0
Sonstige	5 657	2	8,1	2 511	2	3,6
Insgesamt	271 772	100	4,2	154 352	100	6,5

1) Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte

In der Darstellung der vorjährigen Ergebnisse waren einige Entwicklungstendenzen aufgezeigt worden, die weiterzuverfolgen interessant ist. Die Verkehrsdichte in den Städten dürfte sich weiter erhöht haben. Jedenfalls kann man darauf schließen, da sich die Unfälle mit Personenschaden von einem zum anderen Jahr um 3,6% verringert haben, während die Zahl der Sachschadensunfälle, die von der Polizei erfaßt wurden, gleichblieb. Da hierbei der Erfassungsgrad zurückgeht, dürften sie tatsächlich sogar angestiegen sein.

Auch die Zweiradfahrzeuge sind weiter aus dem Verkehr verschwunden. 1961 machten sie unter den unfallbeteiligten Verkehrsteilnehmern in den Orten 34% und außerhalb 24% aus. 1962 waren es nur noch 28% und 18%. Auch die Zahl

der im Verkehr befindlichen Krafträder fiel weiter, und zwar vom 1. 7. 1961 bis 1. 7. 1962 um 21%.

Durch das Wetter dürfte die Unfallzahl 1962 gedrückt worden sein. Jedenfalls brachten die ersten 4 Monate zunächst einen um 0,3% höheren Wert als im Vorjahre. Der kühle, regnerische Sommer ließ dann die Unfallzahl der Monate Mai - August um 1,2% hinter der vorjährigen zurückbleiben. Die letzten 4 Monate lagen sogar um 3,8% tiefer. Hierbei hatte sogar der Oktober mit seinem schönen Herbstwetter weniger Unfälle als der Vergleichsmonat.

Auch die Zahlenreihen, die zur Frage der Wirksamkeit der Verkehrserziehung angeführt wurden, seien fortgesetzt. Trunkenheit als Ursache beim Fahrzeugführer, die 1961 auf 1 374 Fälle abgesunken war, schnellte auf 1 659 Fälle hinauf. Das ist ein Fünftel mehr. Auch die Zahl der in den Ortschaften verunglückten Fußgänger stieg wieder auf 2 541, blieb aber noch unter dem Wert von 1960. Dafür ging aber die Zahl der 6- bis 14jährigen verunglückten Radfahrer von 337 auf 300 zurück. Es dürfte nicht leicht sein, die Wirkungen der Verkehrserziehung aus der Statistik abzulesen, zu viele Faktoren spielen mit hinein. Am besten nimmt man dazu gleich den ganzen Komplex der polizeilich festgestellten Ursachen hinzu, die durch eine neue Systematik ab 1962 übersichtlicher geworden sind. Es würde aber zu weit führen, an dieser Stelle auch diese Fragen noch aufzurollen.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 10 (Jan.) und "Straßenverkehrsunfälle 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 298 (Mai)

Die Ausgaben für den Strassenbau

Die gesamten vom Land und den Kommunen nachgewiesenen Bauinvestitionen ergaben in der Zeit von 1951 bis 1961 die beachtliche Summe von 1,8 Mrd. DM; dazu kommen weitere 0,2 Mrd. DM Neuanschaffung von beweglichem Vermögen. Während 1951 8% der unmittelbaren Ausgaben des Landes und der kommunalen Haushalte investiert wurden, betrug der Anteil 1961 dagegen 14%. Die Ausgaben für Bauinvestitionen erhöhten sich in diesem Zeitraum um fast das Vierfache auf 313 Mill. DM, die gesamten unmittelbaren Ausgaben stiegen dagegen nur um das Eineinhalbfache auf 2,2 Mrd. DM. Aus bekannten Gründen liegt der Schwerpunkt der Bauinvestitionen der hier betrachteten elf Jahre mit 40% aller Neu- und Wiederaufbauten

bei dem Straßen-, Wege-, Brücken- und sonstigen Tiefbau. Mit weitem Abstand folgen mit 18% die Ausgaben für Schulbauten, für öffentliche Einrichtungen 15%, für Wirtschaftsunternehmen 5% und für Einrichtungen des Gesundheitsdienstes 3,6%. In diesen genannten fünf Aufgabengebieten sind mehr als vier Fünftel aller Ausgaben für Bauinvestitionen seit 1951 enthalten.

Auch die kommunalen Haushalte für sich betrachtet zeigen mit 39% als eindeutigen Schwerpunkt die Bauinvestitionen für Straßen, Wege und Brücken. Es folgen dann mit 20,6% die Schulen und mit 19,4% die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung. Das Land tritt sehr viel weniger als Bauherr auf als die

Gemeinden, Städte und Kreise, denn 84% aller Bauinvestitionen wurden von den kommunalen Haushalten, rund 16% vom Lande ausgegeben. Von den Bauinvestitionen des Landes allein waren 47% für Straßen, Wege und Brücken.

An dem Bau und der Unterhaltung der klassifizierten und nichtklassifizierten Straßen sind alle Verwaltungsebenen, also der Bund, das Land, die Kreise und die Gemeinden beteiligt. Da die unmittelbaren Ausgaben des Bundes aufgliedert nach Ländern nicht vorliegen, können im folgenden nur die Aufwendungen der öffentlichen Haushalte Schleswig-Holsteins wiedergegeben werden. Nur soweit sich der Bund mit zweckgebundenen Zuweisungen und mit Darlehen beim Land und den Kommunen an der Finanzierung des Straßenbaus beteiligt hat, sind auch diese Beträge in den jeweiligen unmittelbaren Ausgaben enthalten. Es sind dies Bundesmittel, die entweder in Form von Darlehen für den Straßenbau des Landes und der Gemeinden oder als Zuweisungen für Straßenbauvorhaben aller drei Ebenen gegeben wurden. Die Summen aller dieser im Landeshaushalt ausgewiesenen Mittel vom Bund beliefen sich in den Jahren 1951 bis 1961 auf 96 Mill. DM; im Jahre 1961 wurde ein Betrag von 2,5 Mill. DM nachgewiesen.

In der Regel werden die Landstraßen I. Ordnung (Landesstraßen) von dem Lande, die Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen) von den Kreisen getragen. Die nichtklassifizierten Straßen (Gemeindestraßen) liegen überwiegend in der Lastenträgerschaft der Gemeinden. Von dieser Regelung sind die Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen zum Teil ausgenommen, und zwar haben im allgemeinen die Gemeinden mit mehr als 9 000 Einwohnern die Finanzlast für Ortsdurchfahrten der Bundesstraßen, die Gemeinden über 6 000 Einwohner die Aufwendungen für Ortsdurchfahrten von Landstraßen I. und II. Ordnung zu tragen. Ab 1. Januar 1962 sind die Kosten der Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen nur in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern in Schleswig-Holstein, also nur von den kreisfreien Städten zu übernehmen und ab 1. 10. 1962 sind für die übrigen klassifizierten Straßen die Ortsdurchfahrten von den Gemeinden über 20 000 Einwohner von diesen selbst zu tragen.¹ Weitere Bestimmungen über die Lastenverteilung enthält das Finanzausgleichsgesetz.²

Die unmittelbaren Ausgaben beliefen sich in Schleswig-Holstein in den elf Jahren bis 1961 für das Straßenwesen auf 1 354 Mill. DM. Nach

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Hand für Straßen, Wege, Brücken und Straßenbaubehörden

Ausgabe-/Einnahmeart	1951 – 1961		1961				
	Land Gemeinden und Gemeinde- verbände	Land Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon				
			Land	Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon		
					kreis- freie Städte	kreis- angehörige Gemeinden und Ämter	Land- kreise
	1 000 DM				DM je Einwohner		
Unmittelbare Ausgaben	1 354 056	208 344	48 170	160 174	53,48	57,65	18,02
davon							
Verwaltungs- und Zweckausgaben	437 212	57 794	21 639	36 155	13,44	12,14	4,37
darunter							
Persönliche Ausgaben	109 812	15 962	4 303	11 659	4,70	3,54	1,63
Zinsen	36 221	6 591	–	6 591	3,03	2,08	0,69
Ausgaben der Vermögensbewegung	916 844	150 550	26 531	124 019	40,03	45,51	13,65
darunter							
Tilgung	50 402	9 599	–	9 599	3,58	3,26	1,12
Neu- u. Erweiterungsbau, große Instandsetzungen	740 398	114 498	23 911	90 587	26,91	33,11	11,07
Eigenausgaben	1 138 246	195 464	71 561	123 903	48,91	46,16	9,23
Spezielle Deckungsmittel	436 314	63 808	2 405	61 403	30,08	23,22	1,80
darunter							
Anliegerbeiträge, sonstige Gebühren	81 405	18 220	1 396	16 824	8,34	6,63	0,18
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmitteln,							
Innere Darlehen	203 546	17 612	104	17 508	6,57	7,53	0,44
Entnahmen aus Rücklagen	84 537	20 539	–	20 539	12,28	6,87	0,57

1) Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 22. 6. 1962 2) in der Fassung vom 25. 3. 1960

Abzug des Zahlungsverkehrs zwischen den Gebietskörperschaften - wie u. a. Zuweisungen und Darlehen des Bundes - stellen sich die Eigenausgaben der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein auf 1 138 Mill. DM. Das Straßenwesen beanspruchte mit 208 Mill. DM im Jahre 1961 9,3% der gesamten unmittelbaren Ausgaben der öffentlichen Hand. Dieser Anteil ist gegenüber 1951 beachtlich gestiegen; er betrug damals 5,8%. Die von den jeweiligen Ebenen selbst zu finanzierenden Eigenausgaben beliefen sich 1961 auf rund 195 Mill. DM.

Erheblich sind die Zahlungen der zweckgebundenen Zuweisungen des Landes an die Gemeinden mit insgesamt 26 Mill. DM im Jahre 1961. Daraus erklärt sich die sehr viel höhere Eigenausgabe des Landes mit fast 72 Mill. DM gegenüber den unmittelbaren Ausgaben mit 48 Mill. DM.

Der Anteil der Verwaltungs- und Zweckausgaben im Straßenwesen ist unterdurchschnittlich hoch; er beanspruchte 28% seiner unmittelbaren Ausgaben. Die gesamten Verwaltungs- und Zweckausgaben aller öffentlichen Haushalte Schleswig-Holsteins haben dagegen 1961 einen Anteil von fast 68%. Innerhalb der Verwaltungs- und Zweckausgaben spielen die Straßen, Wege und Brücken aus bekannten Gründen mit einem Anteil von 11,4% an den unmittelbaren Ausgaben eine relativ große Rolle. - Entsprechend überdurchschnittlich hoch sind die Ausgaben der Vermögensbewegung, die 1961 insgesamt 151 Mill. DM erreichten. Neunzehn Prozent der Schuldentilgungen aller Haushalte, nämlich 9,6 Mill. DM wurden 1961 auf Grund von Darlehnsaufnahmen für Straßen-, Wege- und Brücken-

bau gezahlt. Die Ausgaben für den Neu- und Erweiterungsbau von Straßen sind mit 115 Mill. DM beachtlich hoch; gegenüber 1958 stiegen diese Ausgaben um 26%, gegenüber 1959 um 16%. Es ist allerdings bei der Beurteilung dieser Steigerung zu berücksichtigen, daß durch die erheblichen Kostensteigerungen auf dem Bausektor die effektive Leistung im Straßenbau den Zuwachsqouten nicht ganz entspricht.

Von den Eigenausgaben für das Straßenwesen entfallen auf die Gemeinden 124 Mill. DM, auf das Land 72 Mill. DM. Beachtlich ist, daß die Eigenausgaben je Kopf der Bevölkerung in den kreisfreien Städten nur geringfügig höher als in den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern sind. Rechnet man zu den letzteren die Ausgaben der Landkreise hinzu, so übersteigen diese Ausgaben je Einwohner die der kreisfreien Städte sogar um 12%.

Die Anliegerbeiträge stellen mit 18 Mill. DM einen erheblichen Finanzierungsbeitrag dar. Aus Rücklagen wurden 21 Mill. DM für den Straßenbau zur Verfügung gestellt und für 18 Mill. DM wurden Darlehen auf dem Kreditmarkt aufgenommen. Dabei sind die Finanzierungsmöglichkeiten der kreisfreien Städte durch spezielle Deckungsmittel, insbesondere durch Entnahmen aus Rücklagen relativ günstiger als bei den kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen, die in stärkerem Maße allgemeine Deckungsmittel in Anspruch nahmen.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Staatlicher und kommunaler Aufwand für Straßen und seine Finanzierung" in *Wirtschaft und Statistik* 1963, S. 178 (März)

Die Industrie in den kreisfreien Städten und Kreisen

In einem größeren Rahmen betrachtet ist Schleswig-Holstein durchaus als Industrieland anzusehen, denn die schleswig-holsteinische Kennziffer von 75 Industriebeschäftigten¹ je 1 000 Einwohner liegt noch deutlich über der von Japan und stimmt ungefähr mit der von Italien und Dänemark überein. Verglichen mit dem stark industrialisierten Baden-Württemberg - dort sind von 1 000 Einwohnern über 180 in der Industrie tätig - ist der Industrialisierungsgrad Schleswig-Holsteins aber noch nicht halb so hoch. Er erreicht auch längst nicht den Bundesdurchschnitt von etwa 147 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner.

1) Jahresdurchschnitt 1962 der Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

Die Verhältniszahl "Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner" ist sachlogisch nicht ganz exakt, da die in Beziehung zueinander gesetzten Größen "Industriebeschäftigte" und "Einwohner" in regionaler Hinsicht nicht gleich definiert und deshalb nicht voll vergleichbar sind. Bei den Industriebeschäftigten wird nämlich vom Arbeitsort ausgegangen, während die Bevölkerung am Wohnsitz gezählt wird. Die Relationen sind um so mehr verfälscht, je mehr Einpendler die Zahl der Industriebeschäftigten einer Gemeinde erhöhen, und umgekehrt, je mehr Auspendler die Zahl der Industriebeschäftigten dieser sogenannten "Schlafgemeinde" verringern.

Bei der Wahl der Standorte von Industriebetrieben war und ist ein ganzes Bündel komplexer Faktoren wirksam, die in Zeit und Raum variieren. Die derzeitige räumliche Verteilung der Industrie Schleswig-Holsteins ist dadurch gekennzeichnet, daß mehr als die Hälfte aller In-

Industriebeschäftigten in Betrieben tätig sind, die in den vier kreisfreien Städten ihren Standort haben. Von der Bevölkerung wohnt dagegen weniger als ein Drittel in den kreisfreien Städten. Auf je 1 000 Einwohner dieser Städte berechnet ergibt das 132 Industriebeschäftigte, also etwas weniger als im Bundesdurchschnitt. Unter den kreisfreien Städten nimmt Neumünster mit 174 Industriebeschäftigten auf 1 000 Einwohner den ersten Platz ein; an letzter Stelle steht Flensburg mit 76. Lübeck (149) liegt noch über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte, während die Landeshauptstadt Kiel (126) etwas darunter bleibt.

Industriebeschäftigte in den kreisfreien Städten und Kreisen

	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt				Beschäftigte je 1 000 Einw. 1962
	1960	1961	1962	Veränd. 1962 geg. 1961 in %	
Kreisfr. Städte	88 171	89 962	89 839	- 0,1	132
Kreise	80 046	83 915	86 281	+ 2,8	52
Schlesw.-Holst.	168 217	173 877	176 121	+ 1,3	75

Aus der Tatsache, daß in den Kreisen zwar mehr als zwei Drittel der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ihren Wohnsitz haben, aber nur knapp die Hälfte der Industriebeschäftigten dort arbeitet, folgt zwangsläufig, daß der Industrialisierungsgrad hier erheblich niedriger sein muß als in den kreisfreien Städten. Mit 52 Beschäftigten je 1 000 Einwohner gegenüber 132 im Schnitt der vier Städte ist die Differenz so groß, daß sie trotz der erwähnten methodischen Unzulänglichkeiten einen erheblichen Strukturunterschied zwischen den kreisfreien

Städten und den Kreisen begründet. Die Unterschiede werden noch augenfälliger, wenn man die Kreise einzeln betrachtet. Es ergibt sich dann nachstehende Reihenfolge der Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner:

1. Flensburg-Land	12	10. Eutin	48
2. Husum	14	11. Segeberg	51
3. Südtondern	16	12. Rendsburg	61
4. Oldenburg (Holst.)	17	13. Stormarn	62
5. Plön	19	14. Hzgl. Lauenburg	69
6. Norderdithmarschen	20	15. Süderdithmarschen	70
7. Eiderstedt	22	16. Steinburg	86
8. Eckernförde	28	17. Pinneberg	89
9. Schleswig	44		

Geht man noch einen Schritt weiter und untersucht die Abhängigkeit des Industrialisierungsgrades von der Gemeindegröße, dann zeigt sich, daß mit steigenden Einwohnerzahlen der Anteil der Industriebeschäftigten an der Bevölkerung wächst.

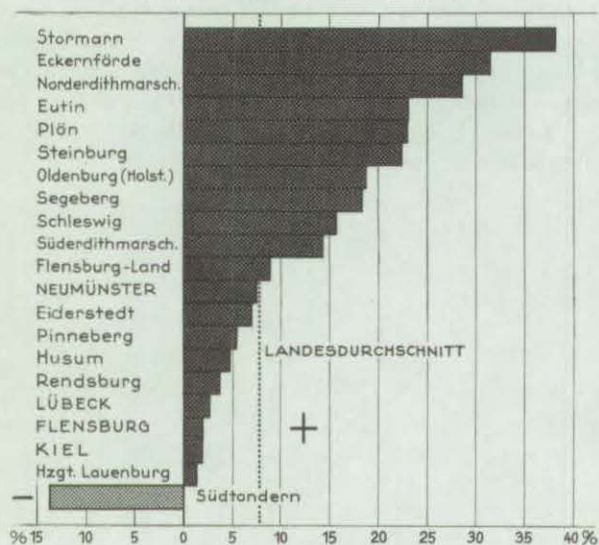
GEMEINDEGRÖSSE UND INDUSTRIEBESCHÄFTIGTE



D-3277

INDUSTRIEBESCHÄFTIGTE NACH KREISEN

ZU - UND ABNAHME VON 1958 BIS 1962 IN %



In den etwa 800 kleinen Gemeinden (unter 500 Einwohner), das sind mehr als die Hälfte aller Gemeinden, ist die Industriedichte erwartungsgemäß recht niedrig; hier kamen auf 1 000 Einwohner nur 11 Industriebeschäftigte². In weiteren ca. 300 Gemeinden (500 bis 1 000 Einwohner) waren es 14. Diese Landgemeinden sind industriell noch kaum entwickelt. Erst bei den rund 80 Gemeinden mittlerer Größe (3 000 bis 10 000 Einwohner) ist die Industrialisierung so weit fortgeschritten, daß der Landesdurchschnitt beinahe erreicht wird.

Die Verteilung des Umsatzes auf die kreisfreien Städte und Kreise weicht von der Verteilung der Beschäftigten ab. Vom gesamten Industrie-

2) nach den Ergebnissen der Totalerhebung in der Industrie vom Sept. 1961, Bevölkerung nach der Volkszählung vom 6. 6. 1961

umsatz des Jahres 1962 entfielen mehr als sechs Zehntel (63%) auf Betriebe in Kreisen. Seit 1960 hat sich dieser Anteil leicht erhöht. Da von den Beschäftigten aber weniger als die Hälfte in den Kreisen ihren Arbeitsplatz haben, liegt der jährliche Umsatz je Beschäftigten in den Kreisen mit 54 200 DM um etwa 80% höher als in den kreisfreien Städten mit 30 800 DM. Dieses Ergebnis mag auf den ersten Blick erstaunlich erscheinen; es ist durch die Existenz einiger Betriebe mit besonders hohem Umsatz je Beschäftigten (z.B. Nahrungs- und Genußmittelindustrie) in den Kreisen zu erklären.

Industrieumsatz in den kreisfreien Städten und Kreisen

	1960	1961	1962	Veränd. 1962 gegen 1961 in %	Umsatz	
					je Be- schäf- tigten	je Ein- wohner
	in Mill. DM				in DM	
Kreisfreie Städte	2 465	2 715	2 767	+ 1,9	30 795	4 059
Kreise	3 929	4 296	4 679	+ 8,9	54 230	2 819
Schlesw.-Holst.	6 394	7 011	7 446	+ 6,2	42 275	3 180

Der niedrigste Umsatzwert je Beschäftigten wurde für Neumünster mit knapp 25 000 DM festgestellt, dann folgt der Kreis Hsgt. Lauenburg mit etwas mehr als 26 000 DM. Am anderen Ende dieser Reihe befindet sich der Kreis Stormarn mit über 115 000 DM. Hier liegt auch der Umsatz je Einwohner (7 142 DM) an der Spitze aller Kreise. Die extrem hohen Werte im Kreis Stormarn haben ihre Ursache in dem dort besonderen Gewicht der tabakverarbeitenden Industrie mit hohen Verbrauchssteuern, die im Umsatz enthalten sind.

Nachdem einige Unterschiede in der Industriestruktur der kreisfreien Städte und Kreise aufgezeigt wurden, bleibt zu fragen, ob Anzeichen zu erkennen sind, die auf eine Angleichung hindeuten. Die Veränderung der Beschäftigtenzahlen über einen längeren Zeitraum läßt erkennen, daß Tendenzen zur Angleichung vorhanden sind: Von 1955 bis 1962 haben die Beschäftigten in den Kreisen erheblich schneller zugenommen als in den kreisfreien Städten. In dem angesprochenen Zeitraum stieg die Zahl der Industriebeschäftigten in den vier kreisfreien Städten um mehr als 11 000 Personen

oder 14%, in den Kreisen dagegen um gut 17 000 oder 25%. 1962 ist darüber hinaus die Beschäftigtenzunahme der Städte zum Stillstand gekommen, während in den Kreisen beinahe 3% Beschäftigte mehr als 1961 festgestellt wurden.

Industriebeschäftigte in den kreisfreien Städten und Kreisen 1955 und 1962

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte im Jahres- durchschnitt		Zu- oder Abnahme in %
	1955	1962	
LÜBECK	29 420	35 202	+ 20
NEUMÜNSTER	11 253	13 043	+ 16
KIEL	30 962	34 194	+ 10
FLENSBURG	6 856	7 400	+ 8
Kreisfreie Städte zusammen	78 491	89 839	+ 14
Stormarn	4 563	9 099	+ 99
Plön	1 555	2 074	+ 33
Norderdithmarschen	905	1 182	+ 31
Süderdithmarschen	3 865	5 030	+ 30
Eckernförde	1 455	1 816	+ 25
Eutin	3 441	4 283	+ 24
Steinburg	8 696	10 580	+ 22
Pinneberg	16 287	19 642	+ 21
Husum	748	900	+ 20
Eiderstedt	344	412	+ 20
Segeberg	4 198	4 973	+ 18
Schleswig	3 677	4 355	+ 18
Hsgt. Lauenburg	7 896	9 084	+ 15
Rendsburg	8 526	9 753	+ 14
Südtondern	903	1 001	+ 11
Oldenburg (Holst.)	1 217	1 321	+ 9
Flensburg-Land	843	776	- 8
Landkreise zusammen	69 119	86 281	+ 25
Schleswig-Holstein	147 610	176 121	+ 19

Bemerkenswert ist ferner, daß mit nur wenigen Ausnahmen - und zwar Flensburg-Land, Oldenburg (Holstein), Südtondern und Rendsburg - alle anderen Kreise von 1955 bis 1962 Beschäftigtenzunahmen aufwiesen, die über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte liegen. Ganz besonders stark war die Zunahme in Stormarn, wo sich die Zahl der Industriebeschäftigten in sieben Jahren verdoppelte. Nur im Kreis Flensburg waren 1962 weniger Personen in der Industrie tätig als 1955.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Der grenzüberschreitende Reiseverkehr im Jahre 1962

Die Zahl der Einreisen aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein hat sich im vorigen Jahr weiter erhöht. Während im Jahre 1961 7,3 Millionen Personen über die Auslandsgrenzen unseres Landes einreisten, waren es im Jahre 1962 bereits 8,7 Millionen, das sind 21 % mehr als im Vorjahre.

Von den Einreisenden kamen etwa drei Viertel über die Landübergänge und ein Viertel über die Seeübergänge nach Schleswig-Holstein.

Verglichen mit den Ergebnissen des Jahres 1961 haben die Einreisen auf dem Landwege stärker zugenommen als die auf dem Seewege. Die Kapazität der Verkehrsmittel über See läßt sich offensichtlich kurzfristig nicht in dem Maße ausdehnen, wie dies der stürmischen Entwicklung angemessen gewesen wäre. Es muß hierzu erwähnt werden, daß sich insbesondere die Zahl der auf dem Landwege eingefahrenen Kraftfahrzeuge im letzten Jahre sehr stark erhöht hat.

Einreisen aus dem Ausland¹

	1961	1962	Veränderung in %
	1 000 Personen		
Einreisen insgesamt	7 257	8 749	+ 21
davon			
über Landübergänge	5 446	6 663	+ 22
über Seeübergänge	1 811	2 086	+ 15

1) ohne Interzonenverkehr

Wie sich der Verkehrsstrom in Zukunft auf die beiden Übergangsarten verteilen wird, bleibt abzuwarten, nachdem der Seeweg nach Dänemark durch die Eröffnung der Vogelfluglinie im Frühjahr 1963 erheblich verkürzt worden ist. Gegenüber zehn Kursen täglich mit einer Fahrt-dauer von je knapp drei Stunden auf der Strecke Großenbrode - Gedser fahren nunmehr 18 Fährschiffe täglich auf der neuen Linie von Puttgarden nach Rødby, wobei sie nur etwas mehr als eine Stunde für eine Überfahrt benötigen. Dadurch wird die Kapazität dieses für den großen Reiseverkehr bedeutendsten Seeüberganges um 80% erhöht und für den Einreisenden der Seeweg um etwa 1 3/4 Stunden verkürzt.

Im Jahre 1962 reisten über Großenbrode 670 000 Personen ein, das sind 1% weniger als im davor liegenden Jahre. Die Abnahme um 1% ist ohne Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die Leistungsgrenze dieser Fährlinie - besonders was die Zahl der Einreisen mit dem Kraftfahrzeug in den Sommermonaten angeht - unter den gegebenen Verhältnissen nahezu erreicht war.

Eine weitere Verbesserung des Reiseverkehrs nach Skandinavien auf dem Seewege ist durch die Verstärkung des Schiffsverkehrs von Lübeck-Travemünde in die nordischen Länder zu erwarten. Neben den bereits bestehenden Linien nach Trelleborg, Helsingborg (über Kopenhagen), Rønne auf Bornholm und Helsinki bzw. Hanko (Finnland) ist nun auch noch eine Verbindung nach Gedser eingerichtet worden, und zwar mit mehreren Kursen täglich. Während bis zum Winter 1961/62 der Schiffsverkehr in den Monaten Oktober bis März eingestellt war, wird der Hafen von Lübeck-Travemünde nunmehr während des ganzen Jahres angelaufen. Die neue Entwicklung schlägt sich bereits in der Zahl der einreisenden Personen im Jahre 1962 nieder. 85 000 Einreisende gingen in diesem Jahre über Travemünde an Land. Im Jahre 1961 sind es nur 51 000 gewesen. Der Reiseverkehr mit dem Ausland hat sich also im letzten Jahr über diesen Hafen um 65% erhöht.

Gegenüber dem Fährverkehr im Zuge der Vogelfluglinie wird die Bedeutung des Verkehrs über Travemünde stets zurückstehen müssen, weil der Seeweg von Travemünde nach den einzelnen Häfen in den nordischen Ländern wesentlich weiter ist als von Puttgarden aus. Trotzdem gilt Lübeck-Travemünde als der zweitwichtigste Ostseehafen für den internationalen Reiseverkehr von und nach Schleswig-Holstein.

Folgende Verbindungen zum Ausland über die Ostseehäfen seien noch erwähnt: Die Linie von Kiel nach Oslo und die Verbindung von Flensburg nach Kollund. Über Kiel reisten im Jahre 1962 kaum mehr Personen als 1961 ein, während die Zahl der Einreisen über Flensburg-Hafen im gleichen Zeitraum um 22% auf 1,2 Millionen zunahm.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr über Ostseehäfen

	1961	1962	Veränderung in %
	1 000 Personen		
Einreisen insgesamt	1 804	2 073	+ 15
darunter über			
Großenbrode	675	670	- 1
Lübeck-Travemünde	51	85	+ 65
Kiel	61	62	+ 2
Flensburg	985	1 200	+ 22

Der Reiseverkehr über Flensburg (Hafen) ist seiner Struktur nach ein anderer als derjenige, der über die zuvor genannten Häfen abgewickelt wird. Über Flensburg reisen fast ausschließlich Personen ein, die die Grenze nur deswegen überschreiten, weil sie den Vorteil des günstigeren Wareneinkaufs wahrnehmen wollen oder Verwandte im grenznahen Gebiet besuchen oder

an Veranstaltungen teilnehmen wollen. Diese Art von Grenzverkehr ist kein Reiseverkehr im eigentlichen Sinne wie der über die anderen Ostseehäfen. Er wird jedoch mitgezählt, da man ihn vom großen Reiseverkehr nicht trennen kann.

Die Nordseehäfen werden im internationalen Reiseverkehr so gut wie gar nicht angelaufen. Die Zahl der Einreisenden während des Jahres 1962 betrug nur ca. 13 000 Personen. Davon ist ein erheblicher Teil reiner Ausflugsverkehr zwischen List auf Sylt und dem benachbarten Dänemark, also ebenfalls kein eigentlicher Reiseverkehr.

Der internationale Verkehr über die deutsch-dänische Landgrenze stand auch im Jahre 1962 weiterhin im Zeichen der zunehmenden Motorisierung. An allen Übergängen für Kraftfahrzeuge nahm die Zahl der einreisenden Personen erheblich zu, in einem Falle sogar um über 100%. Demgegenüber ist an den Eisenbahnübergängen eine Abnahme festzustellen. Über den Bahnhof in Flensburg reisten im Jahre 1962 8% weniger Personen aus Dänemark ein als 1961, über den Bahnhof Süderlügum etwa die gleiche Zahl wie im Vorjahre. Diese Tendenz wird sich wahrscheinlich im Jahre 1963 durch die Inbetriebnahme der Vogelfluglinie noch verstärken, da ein Teil des internationalen Eisenbahnverkehrs, der bisher über Flensburg ging, vom Frühjahr 1963 an über Puttgarden geleitet wird.

Die Zahl der einreisenden Personen an den einzelnen Übergängen ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr auf dem Landwege

	1961	1962	Veränderung in %
	1 000 Personen		
Einreisen insgesamt	5 446	6 663	+ 22
darunter über			
Kupfermühle	2 887	3 492	+ 21
Harrislee	1 377	1 602	+ 16
Böglum	600	718	+ 20
Rosenkranz	138	281	+ 103
Flensburg-Bhf.	213	196	- 8
Aventoft	113	196	+ 74
Neupepersmark	81	142	+ 75

An den drei großen Übergängen (Kupfermühle und Harrislee im Flensburger Raum und Böglum im westlichen Teil der Nordgrenze) hat die Zahl der Einreisen nicht ganz in dem Maße zugenommen wie an allen Übergängen zusammen. Dafür ist an einigen kleineren Grenzübergängen der Verkehr erheblich angestiegen. Der Kraftfahrzeugstrom ist offensichtlich bemüht, auf die weniger stark frequentierten Übergänge auszuweichen, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Dennoch sollte man diese Entwicklung nicht überschätzen. Der Anteil der Einreisen über Rosenkranz, Aventoft und Neupepersmark macht nur weniger als ein Zehntel der insgesamt über die deutsch-dänische Landgrenze eingereisten Personen aus.

Neben den eingereisten Personen werden auch die eingefahrenen Kraftfahrzeuge statistisch erfaßt. Im Jahre 1962 fuhren 1 668 000 Kraftfahrzeuge aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein ein, das sind 30% mehr als im Vorjahre. Dreiundneunzig Prozent davon kamen auf dem Landwege, die übrigen über See. Der Anteil der Personenwagen unter den insgesamt eingefahrenen Kraftfahrzeugen ist weiter gestiegen. Er machte im Jahre 1962 88% aus, der der Lastkraftwagen 9%. Der Anteil der Motorräder und Omnibusse ist gering.

Der Reiseverkehr mit Mitteldeutschland über die an der mecklenburgischen Grenze liegenden Kontrollpunkte ist im Jahre 1962 weiter zurückgegangen. Die Zahl der Einreisen betrug nur noch 502 000, das entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahre um weitere 29%. Im Statistischen Landesamt liegen keine Unterlagen darüber vor, wie sich diese Zahl auf Einreisen aus Berlin (West) und dem übrigen Mitteldeutschland aufteilt. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Abnahme zum überwiegenden Teil auf die Einschränkung des Reiseverkehrs mit der sog. DDR zurückgeht.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Der grenzüberschreitende Reiseverkehr in den Jahren 1959 bis 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 311 (Oktober)

Die Bausparkassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1962

Das starke Interesse am Bausparen hält trotz der weiterhin gestiegenen Baukosten unvermindert an. Sowohl die Zahl als auch die Beträge der 1962 neu abgeschlossenen Bausparverträge

haben sich gegenüber dem Vorjahr kräftig ausgedehnt. Die Bausparkassen des Bundesgebietes melden 672 000 Neuabschlüsse mit einer Vertragssumme von über 13 Mrd. DM; das sind

jeweils über 7% mehr als im Vorjahr. Die Zuwachsraten sind damit zwar nicht ganz so hoch wie 1961, als sie 8% bei der Zahl und 12% bei der Vertragssumme betragen hatten, aber unter Berücksichtigung der gestiegenen Baukosten erstaunlich hoch. Nach einer Feststellung der öffentlichen Bausparkassen ist das u. a. darauf zurückzuführen, daß die Bausparer immer mehr gezwungen werden, ihr Sparziel in Etappen zu erreichen, d. h. sie müssen, um überhaupt bauen zu können, zu ihrem ersten Vertrag zusätzlich neue abschließen. Im Bereich der öffentlichen Bausparkassen entfielen auf mindestens jeden dritten Bausparer zwei Verträge. Diese neuen Verträge sind also streng genommen keine Neuabschlüsse, sondern nur "Folgeverträge". Hinzu kommt noch, daß die Zahl der Verträge, die zur Finanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen abgeschlossen werden, laufend wächst. Das bewirkt andererseits, daß die durchschnittliche Vertragssumme der neuen Verträge fast unverändert geblieben ist, während die gestiegenen Baukosten eher eine kräftige Erhöhung erwarten ließen.

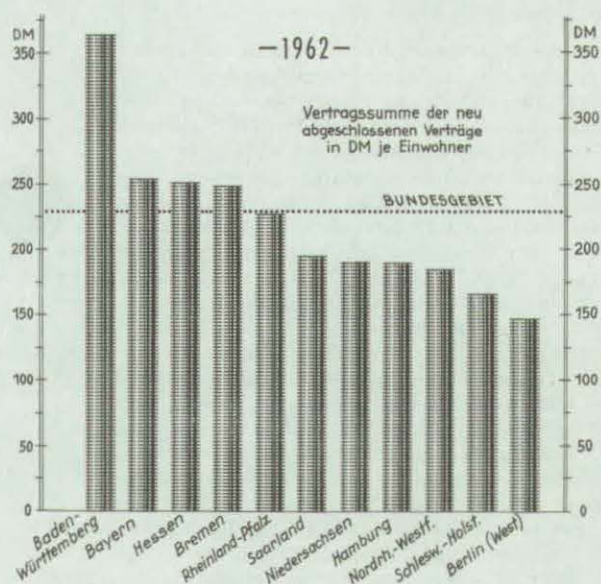
In Schleswig-Holstein wurden 22 700 Verträge mit einer Vertragssumme von 391 Mill. DM neu abgeschlossen. Die Zuwachsraten sind wiederum größer als im Bundesgebiet. Die Anzahl der Vertragsabschlüsse war um ein Zehntel höher als im Vorjahr und die gesamte Bausparsumme der neu abgeschlossenen Verträge um gut 8%. Die Zuwachsraten des Vorjahres wurden jedoch bei weitem nicht erreicht. Die durchschnittliche Vertragssumme ging von 17 600 DM auf 17 200 DM zurück. Die 1961 sich abzeichnende Annäherung an den Bundesdurchschnitt ist damit in das Gegenteil umgeschlagen. Der Abstand vergrößerte sich auf 2 300 DM gegenüber 1 800 DM im Vorjahr und 2 100 DM im Jahre 1960. Das liegt daran, daß im Bundesgebiet die Verträge und die Vertragssummen etwa gleichviel zugenommen haben, während in Schleswig-Holstein die Zahl der Verträge stärker angestiegen ist als die Vertragssummen.

Der Schwerpunkt des Neugeschäfts der Bausparkassen liegt unverändert in der zweiten

Hälfte des Jahres und dabei hauptsächlich im Dezember. Zwei Drittel aller Bausparverträge des Bundesgebietes sind sowohl der Anzahl als auch der Vertragssumme nach im zweiten Halbjahr 1962 abgeschlossen worden. Für Schleswig-Holstein ergibt sich das gleiche Bild.

In den einzelnen Bundesländern ist die Neigung zum Bausparen recht unterschiedlich. Erwartungsgemäß schneidet Baden-Württemberg, das Ursprungsland des deutschen Bausparens, bei einem solchen Vergleich - sofern man unter Bausparneigung das Verhältnis von neu abgeschlossenen Vertragssummen zur Einwohnerzahl versteht - bei weitem am günstigsten ab. Die Bausparneigung ist in Baden-Württemberg mehr als doppelt so groß wie in Schleswig-Holstein, dem Land mit der geringsten Bausparfreudigkeit. Sie erreicht in Baden-Württemberg 159% des Bundesdurchschnittes, während es in Schleswig-Holstein nur 73% sind. Ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt liegen Bayern (111%), Hessen (109%) und Bremen (108%). Es zeigt sich deutlich, daß die Bausparbereitschaft in den süddeutschen Bundesländern stärker ist als in den nord- und westdeutschen, die - Bremen ausgenommen - zwischen 81% und 83% liegen. Der Südwesten nimmt eine Zwischenstellung ein. Das Land Rheinland-Pfalz erreicht mit 99% beinahe den Bundesdurchschnitt und im Saarland sind es immerhin 85%. Daß Berlin nur eine Quote von 64% aufweist, überrascht nicht.

D-3280
DIE BAUSPARNEIGUNG IN DEN BUNDESLÄNDERN



Der gesamte Geldeingang machte bei den Bausparkassen des Bundesgebietes im Jahre 1962 über 6,5 Mrd. DM aus. Er lag damit um 11% über dem Ergebnis des Vorjahres (5,8 Mrd. DM), steigerte sich aber nicht mehr so stark wie 1961 (+ 16%). In Schleswig-Holstein war die

Die Neuabschlüsse der Bausparkassen

Zeitraum	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	
	Verträge	Vertragssumme in Mill. DM	Verträge	Vertragssumme in Mill. DM
1960	16 439	272	580 361	10 833
1961	20 531	361	626 589	12 179
1962	22 720	391	672 227	13 113
davon				
1. Halbjahr	6 837	122	224 844	4 405
2. "	15 883	270	447 383	8 708

BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG IN DEN STÄDTEN, AMTSFREIEN GEMEINDEN UND ÄMTERN VOM 31.12.1957 BIS 31.12.1962

Am 31.12.1962 hatte Schleswig-Holstein 2,35 Mill. Einwohner, rund 87 000 mehr als Ende 1957. Fast die Hälfte dieser Bevölkerungszunahme lieferten die Kreise Pinneberg, Stormarn und Segeberg. Auf die Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster entfiel gut ein Viertel der Gesamtzunahme. In den beobachteten fünf Jahren ist die Bevölkerungszahl nur in den Kreisen Eckernförde, Süderdithmarschen, Norderdithmarschen, Eiderstedt und Schleswig durch verstärkte Abwanderungen gesunken.

Im ganzen Land stammten 63% der Bevölkerungszunahme aus einem Geburtenüberschuß. Der Wanderungsgewinn, also die übrigen 37%, betrug aber immerhin fast 32 000 Personen. Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die Wanderungssalden unterschiedlich; sie waren zahlenmäßig größer als die Geburtenüberschüsse in den Städten Kiel, Lübeck und Flensburg sowie in den Kreisen Pinneberg, Stormarn und Segeberg. Den höchsten Wanderungsgewinn überhaupt hatte der Kreis Pinneberg mit rd. 14 000 Personen, wovon gut zwei Drittel aus Hamburg zugezogen waren. Ihm folgte der Kreis Stormarn mit einem Zuwanderungsüberschuß von annähernd 10 000 Personen (davon drei Fünftel aus Hamburg). In beiden Kreisen lag der Wanderungsgewinn etwa doppelt so hoch wie der Geburtenüberschuß. Ein besonders stark ausgeprägtes Zuwanderungszentrum stellt die Landeshauptstadt dar: der Wanderungsgewinn in den fünf Jahren seit Ende 1957 liegt fast fünfmal so hoch wie die natürliche Bevölkerungszunahme.

Wie sich innerhalb der Kreise die Bevölkerungsveränderungen auf Städte und Ämter verteilen, zeigt die Karte. Gegenüber der Periode 1956/61 (vgl. Grafik des Monats September 1962) hat sich das Bevölkerungswachstum in den damals bereits erkennbaren Zentren, vor allem aber in den Hamburger Randgemeinden und in der Umgebung Kiels noch verstärkt.

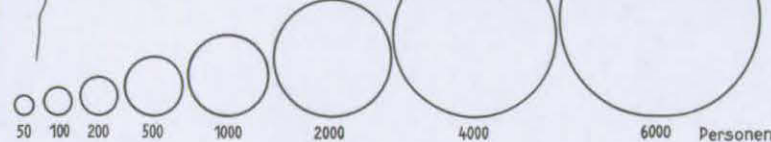


Städte,
amtsfreie Gemeinden
und Ämter

mit Zunahme

mit Abnahme

1962 gegenüber 1957



Zuwachsrates des Geldeinganges ebenfalls nicht so hoch wie 1961. Sie war aber wiederum höher als im Bundesgebiet. Es wurde ein Geldeingang von 194 Mill. DM registriert, also 14% mehr als im Vorjahr. Der Schwerpunkt der Geldeingänge lag wiederum im zweiten Halbjahr, als beinahe doppelt soviel Beträge eingingen wie im ersten Halbjahr. In der Hauptsache handelt es sich um Spargelder. Sie betrugen im Bundesgebiet 4,6 Mrd. DM und in Schleswig-Holstein 134 Mill. DM und machen damit im Bundesgebiet über sieben Zehntel und in Schleswig-Holstein fast sieben Zehntel der gesamten Geldeingänge aus. Die Spargeldeinzahlungen der Bausparer erhöhten sich im Bundesgebiet um fast ein Zehntel und in Schleswig-Holstein um 15%. Die Zuwachsraten waren niedriger als im Vorjahr und im Gegensatz zu 1961 auch nicht so hoch wie die des Kontensparens.

Ein- und Auszahlungen 1961 und 1962

	1961		1962	
	Mill. DM	Zu- wachs- rate %	Mill. DM	Zu- wachs- rate %
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)				
Spargeldeingänge	4 216	+ 16	4 613	+ 9
Prämieneingänge	470	+ 12	512	+ 9
Zins- und Tilgungseingänge	1 151	+ 17	1 378	+ 20
Eingänge insgesamt	5 837	+ 16	6 503	+ 11
Auszahlungen	5 043	+ 23	5 841	+ 16
Schleswig-Holstein				
Spargeldeingänge	117	+ 25	134	+ 15
Prämieneingänge	12	+ 10	14	+ 15
Zins- und Tilgungseingänge	41	+ 30	46	+ 11
Eingänge insgesamt	170	+ 25	194	+ 14
Auszahlungen	143	+ 13	188	+ 31

An Wohnungsbauprämien verbuchten die Bausparkassen des Bundesgebietes 512 Mill. DM. Der Staat gab also 1962 über 42 Mill. DM oder 9% mehr dafür aus als 1961. Die Zunahme war aber nicht ganz so kräftig wie im Vorjahr (+12%). Die schleswig-holsteinischen Bausparer wurden vom Staat durch Prämien in Höhe von 13,5 Mill. DM unterstützt. Ein weiterer Posten der Geldeingänge sind die Zins- und Tilgungszahlungen. Die Bausparer brachten im Laufe des Jah-

res beinahe 1,4 Mrd. DM dafür auf; das sind 227 Mill. DM mehr als 1961. Im Verhältnis der Zins- und Tilgungszahlungen zu den Spargeldeingängen hat sich damit nichts geändert. Die Spargeldeingänge sind weiterhin mehr als dreimal so hoch wie die Zins- und Tilgungsleistungen. Dies kann als ein weiteres Merkmal für die günstige Entwicklung des Neugeschäfts der Bausparkassen angesehen werden. In Schleswig-Holstein ergibt sich ein ähnliches Bild. Die schleswig-holsteinischen Bausparer brachten 46 Mill. DM gegenüber 41 Mill. DM ein Jahr zuvor für ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen auf.

Das Aktivgeschäft der Bausparkassen erfuhr dank der seit Jahren steigenden Neuabschlüsse eine weitere kräftige Ausdehnung. Die Bausparkassen konnten 1962 ihren Kunden über 5,8 Mrd. DM zur Verfügung stellen. Sie waren mit diesen Mitteln am Bau von insgesamt 202 000 Wohnungen beteiligt; das entspricht einem Anteil von beinahe zwei Fünfteln an den insgesamt im Jahre 1962 im Bundesgebiet erstellten Wohnungen. Der Bestand an Baudarlehen und Zwischenkrediten stellte sich am 31.12.1962 auf beinahe 9 Mrd. DM im Bundesgebiet und auf 224 Mill. DM in Schleswig-Holstein. Trotz dieses gegenüber dem Vorjahr erhöhten Bestandes hat sich der Finanzierungsspielraum - die Differenz zwischen Bauspareinlagen und Darlehen sowie Zwischenkrediten - weiterhin vergrößert, da die Bauspareinlagen wiederum noch stärker zunahmen. Der Finanzierungsspielraum bezifferte sich Ende 1962 im Bundesgebiet auf 4,2 Mrd. DM (1961: 3,7 Mrd. DM) und in Schleswig-Holstein auf 106 Mill. DM (1961: 79 Mill. DM). Diese Entwicklung hat ihre Ursache in den laufend steigenden Baukosten und der schwierigen Baulandbeschaffung. Die Bausparer können häufig ihre zugeteilten Verträge nicht oder nur mit einer Verzögerung verwenden, weil die Vertragssumme inzwischen nicht mehr ausreicht. Das Bauspargeschäft ist also weiterhin günstig; verschiedene Anzeichen lassen jedoch vermuten, daß die Zuwachsraten in Zukunft nicht mehr die gleiche Höhe erreichen werden wie bisher.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Bausparkassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 319 (Oktober)

Öffentliche Fürsorge 1962

Obwohl das Bundessozialhilfegesetz schon am 1. Juni 1962 in Kraft getreten ist, wird die Statistik der öffentlichen Fürsorge erst zum 1. Januar 1963 umgestellt (§ 7 des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963). Für 1962 ist es deshalb noch möglich, die bisherigen Zahlenreihen über Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Fürsorge, über die Zahl der betreuten Personen und Parteien, die Fürsorgelast (Aufwand je Einwohner), Verpflegungstage usw. fortzusetzen.

Neben den großen Sozialeinrichtungen der Krankenversicherung, der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, und den Kriegsfolgelasten (Kriegsopferversorgung und Lastenausgleich) spielt die öffentliche Fürsorge mit Ausgaben in Höhe von 92,7 Mill. DM im Jahre 1962 eine verhältnismäßig kleine Rolle. Die sozialen Krankenkassen erbrachten etwa dreimal so hohe, die beiden Rentenversicherungen zusammen sogar siebenmal so hohe Leistungen. Immerhin gibt es eine Reihe von Bedarfsfällen, für die andere Sozialeinrichtungen nicht vorhanden sind oder nicht ausreichen. Die öffentliche Fürsorge ist trotz zunehmender sozialer Vorsorge und anhaltend günstiger wirtschaftlicher Entwicklung nicht überflüssig geworden.

Ausgaben

Die folgenden Tabellen zeigen wie sich der Gesamtaufwand der öffentlichen Fürsorge 1962 auf die einzelnen Fürsorgearten verteilte. Nach den Hauptgruppen gegliedert und in der Reihenfolge ihres Gewichts entfielen demnach auf

	1962		1961	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Allgemeine geschlossene Fürsorge	37,5	40	34,8	39
Allgemeine offene Fürsorge	33,1	36	31,6	36
Sozialfürsorge	9,5	10	8,8	10
Tbc-Hilfe	5,7	6	6,7	8
Übrige Leistungen	6,9	7	6,7	8

Für die allgemeine Fürsorge insgesamt wurden also 1962 4,2 Mill. DM (6,3%) mehr als im Vorjahr ausgegeben; in der offenen Fürsorge allein beliefen sich die Mehrausgaben auf 1,5 Mill. DM (4,8%), in der Anstalts- und Heimbetreuung für sich allein auf 2,7 Mill. DM (7,6%).

Vom Aufwand der offenen Fürsorge entfielen 26,5 Mill. DM (80%) auf laufende und 6,6 Mill.

Die Ausgaben der öffentlichen Fürsorge 1961 und 1962

Fürsorgeart	Ausgaben				
	1956 ¹	1961	1962	1961	1962
	in 1 000 DM			Meßziffern (1956 = 100)	
Allgemeine Fürsorge	61 852	66 403	70 584	107	114
davon					
offen	36 039	31 596	33 116	88	92
davon					
laufend	28 582	25 190	26 468	88	93
einmalig	7 457	6 406	6 648	86	89
geschlossen	25 813	34 807	37 468	135	145
Tbc-Hilfe	6 944	6 700	5 699	96	82
davon					
offen	3 557	4 920	3 955	138	111
geschlossen	3 387	1 779	1 743	53	51
Soziale Fürsorge	5 637	8 752	9 480	155	168
davon					
offen	4 991	8 353	9 211	167	185
geschlossen	646	399	270	62	42
Übrige Leistungen	8 651	6 674	6 914	77	80
Ausgaben insgesamt	83 084	88 530	92 677	107	112
darunter					
Leistungen für Zugewanderte	2 087	1 429	1 334	68	64
davon					
offene	1 445	938	812	65	56
geschlossene	578	426	430	74	74
sonstige Leistungen	64	65	92	102	144

1) Rechnungsjahr

DM (20%) auf einmalige Unterstützungen, die wiederum zu 59% als wirtschaftliche und zu 41% als gesundheitliche Fürsorge gewährt wurden. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Ausgaben für die laufenden Unterstützungen um 1,3 Mill. DM (5,1%) und für die einmaligen Unterstützungen um 242 000 DM (3,8%) erhöht.

Am Gesamtaufwand der geschlossenen Fürsorge in Höhe von 39,5 Mill. DM, der sich aus dem Aufwand der allgemeinen Fürsorge für Anstalts- und Heimbetreuung in Höhe von 37,5 Mill. DM, aus der geschlossenen Tbc-Hilfe mit 1,7 Mill. DM und der geschlossenen sozialen Fürsorge mit 270 000 DM zusammensetzt, hatten wiederum wie in den Vorjahren den höchsten Anteil die Anstalten für Nerven- und Geistesranke mit 16,6 Mill. DM (42% gegenüber 40% im Vorjahr). Danach folgten die Alters- und Pflegeheime mit 18% (17%) und weiter die Kinderheime mit 10% (9%), die Lehrlings- und Jugendwohnheime mit 6,5% (7,4%), die Kindererholungsheime mit 6% (6%) und die Krankenhäuser mit 5% (8,2%).

Entgegen dem erhöhten Aufwand der allgemeinen Fürsorge sind die Kosten der Tbc-Hilfe

gegenüber dem Vorjahr um etwa 1 Mill. DM (14,9%) zurückgegangen. Die Einsparungen ergaben sich fast ausschließlich in der offenen Tbc-Hilfe.

In den Ausgaben der sozialen Fürsorge gemäß §§ 25 bis 27 BVG in Verbindung mit den Bestimmungen des Ersten Überleitungsgesetzes und §§ 4 und 5 des Häftlingshilfegesetzes waren 540 000 DM enthalten, die in Form von Darlehen für Berufsfürsorge gewährt wurden (gegenüber 1961: +119%). Als Berufsfürsorgebeihilfen (ohne Darlehen) wurden knapp 654 000 DM ausgegeben; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr belief sich hier auf 97 000 DM (17,4%). Drei Viertel der Ausgaben der sozialen Fürsorge erforderten die Erziehungsbeihilfen mit knapp 7,2 Mill. DM, die gegenüber 1961 um 228 000 DM (3,3%) gestiegen waren. Die Ausgaben für die soziale Fürsorge insgesamt waren 1962 728 000 DM (8,3%) höher als 1961.

Unter den weiteren und sonstigen Leistungen waren die Ausgaben für die Krankenversorgung gemäß LAG in Höhe von 4,3 Mill. DM (Anstieg gegenüber 1961: 90 000 DM) und die Aufwendungen für Weihnachtsbeihilfen mit fast 2,5 Mill. DM (+ 157 000 DM) die bedeutsamsten Posten.

Einnahmen

Ein Viertel der 92,7 Mill. DM Gesamtausgaben wurde durch Einnahmen der Fürsorgeverbände aus Ersatzzahlungen von Unterstützten, Unterhaltspflichtigen und anderen Sozialleistungsträgern gedeckt. Die Einnahmen waren gegenüber 1961 um 749 000 DM (3,5%) auf 22 Mill. DM gewachsen. Unter den Einnahmeposten war der dritte mit 12,9 Mill. DM der größte; es handelt sich dabei vornehmlich um Erstattungen der sozialen Rentenversicherung, Kriegsoferversorgung und des Lastenausgleichs. Die restlichen drei Viertel, d. h. die reinen Fürsorgeausgaben mit 70,7 Mill. DM, waren zu verschiedenen hohen Anteilen aus Mitteln der Gemeinden und Kreise, des Landes und des Bundes aufzubringen; sie waren 3,4 Mill. DM (5,1%) höher als im Vorjahr.

Personen

Die Zahl der in der offenen Fürsorge und Tbc-Hilfe laufend unterstützten Personen ist von 1961 auf 1962 zurückgegangen, die Zahl der in der geschlossenen Fürsorge Untergebrachten dagegen leicht gestiegen. Die Zahl der einmalig Unterstützten wird nicht festgestellt.

Am 31.12.1962 wurden in offener allgemeiner Fürsorge, offener Tbc-Hilfe und offener sozialer Fürsorge 31 000 Parteien mit 44 000 Personen laufend unterstützt. Gegenüber dem Jahreswechsel 1961/62 hat sich die Zahl der

Laufend unterstützte und untergebrachte Personen

Fürsorgeart	Bestand am Ende des Jahres				
	1956 ¹	1961	1962	1961	1962
	Unterstützte Personen			Meßziffern (1956 = 100)	
Offene allgem. Fürsorge	56 448	33 672	33 573	60	59
Offene Tbc-Hilfe	4 062	4 972	4 299	122	106
Offene soziale Fürsorge	12 002	7 430	5 993	62	50
zusammen	72 512	46 074	43 865	64	60
Geschlossene Fürsorge (einschl. Tbc-Hilfe u. sozialer Fürsorge)	14 394	13 003	13 172	90	92
Insgesamt	86 906	59 077	57 037	68	66

1) Ende Rechnungsjahr (31. 3. 1957)

Parteien - bei einem Zugang von 9 400 und einem Abgang von 11 100 - um 1 700 (5,2%) vermindert. Die Zahl der Personen ist entsprechend gesunken, und zwar - bei einem Zugang von gut 14 700 und einem Abgang von fast 17 000 - um 2 200 (4,8%).

Die Abnahme der Unterstütztenzahl gegenüber dem Stand am Jahresanfang betraf alle Fürsorgearten; insbesondere haben die Empfänger sozialer Fürsorge (Parteien -22%, Personen -19%) und die Empfänger offener Tbc-Hilfe (-17% bzw. -14%) abgenommen.

Auf 100 Parteien entfielen Ende 1962 in den kreisfreien Städten 140, in den Landkreisen 139 Personen; einschließlich der vom Landes-sozialamt betreuten Personen waren es 142.

Die Zunahme der in der geschlossenen Fürsorge untergebrachten Personen war mit 1,3% gegenüber dem Stand am Jahresanfang 1962 unbedeutend.

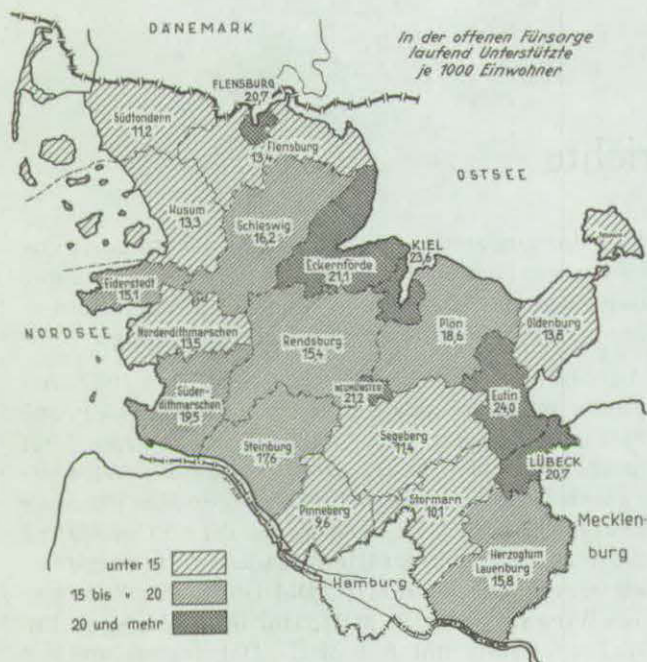
Die beiden größten Gruppen der geschlossenen Fürsorge bildeten wie im Vorjahr die Nerven- und Geisteskranken und Geistesschwachen mit 40% und die in Alters- und Pflegeheimen untergebrachten Personen mit 23%. Danach folgten Personen in Kinderheimen (12%), Lehrlings- und Jugendwohnheimen (7%) und Krankenhäusern (5%).

Die "Fürsorgedichte", die Aufschluß darüber gibt, wieviele von je 1 000 Einwohnern laufend in der offenen Fürsorge unterstützt werden, betrug in den kreisfreien Städten 22, in den Landkreisen 15. Der Gesamtdurchschnitt in Schleswig-Holstein lag bei 19 Unterstützten je 1 000 Einwohner (1961 = 20). Die niedrigste Fürsorgedichte mit 9,6 hatte der Kreis Pinneberg, die höchste mit 24,0 der Kreis Eutin. Kiel mit 23,6 kam vor Neumünster mit 21,2 und Flensburg und Lübeck mit je 20,7.

Die Zahl der in geschlossener Fürsorge untergebrachten Personen je 1 000 Einwohner ist mit 5,6 konstant geblieben.

D-3279

DIE FÜRSORGEDICHTE IN DEN KREISEN SCHLESWIG-HOLSTEINS



Verpflegungstage, Fürsorgelast

Die Zahl der Verpflegungstage hat sich von 4 492 000 im Jahr 1961 um 0,6% auf 4 467 000 im Berichtsjahr vermindert. 38% der Verpflegungstage fielen in Anstalten für Nerven- und Geisteskrankheiten an, 23% in Alters- und Pflegeheimen; auch die Anteile der anderen Anstalten und Heime entsprachen ungefähr dem Anteil der in ihnen untergebrachten Personen. Die Kindererholungsheime hatten allerdings infolge der in ihnen längeren Unterbringungsdauer mit 6,6% einen größeren Anteil an den Verpflegungstagen als an der Zahl der untergebrachten Personen (2,7%).

Den höchsten Aufwand je Verpflegungstag hatten mit über 23 DM wieder die Heilstätten und mit 21 DM die Krankenanstalten zu verzeichnen. Von den 15 unterschiedenen Heimarten sind die nächstaufwendigsten die Krüppelheime mit nur 12 DM. Über dem Durchschnitt von 8,84 DM (1961 = 8,23 DM) lag auch noch der Tagesaufwand der Anstalten für Nerven- und Geisteskrankheiten mit 10 DM und der Genesungsheime für Erwachsene mit 9 DM. Den niedrigsten Tagesaufwand hatten wieder die Erziehungsheime für Erwachsene mit 6,30 DM und vor allem die zahlreichen Alters- und Pflegeheime mit knapp 7 DM.

Bei der überwiegenden Anzahl der Anstalten und Heime ist der Aufwand je Verpflegungstag gegenüber 1961 angestiegen, und zwar sehr unterschiedlich zwischen 0,32 DM bei den Erziehungsheimen für Erwachsene und 2,55 DM bei den Heilstätten. Bei 5 Anstalten und Heimen lag der Aufwand je Verpflegungstag niedriger als im Vorjahr, und zwar zwischen 0,01 DM bei den sonstigen Heimen und 2,15 DM bei den Entbindungsheimen.

Da die Statistik bei laufend Unterstützten der offenen Fürsorge sowohl solche Hilfsbedürftige ausweist, die den gesamten Lebensunterhalt von der Fürsorge beziehen, als auch solche, die nur (geringe) Teilleistungen erhalten, kann man sich kaum ein Bild von der durchschnittlichen Verteilung der Ausgaben auf die Unterstützungsempfänger machen. Da außerdem angenommen werden kann, daß sich die Anteile der Voll- und Teilunterstützten an der Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger seit Kriegsende wesentlich geändert haben, ist auch ein Vergleich der durchschnittlichen Jahresausgaben je unterstützte Person über Jahre hinweg wenig sinnvoll.

Der durchschnittliche Jahresaufwand 1962 für eine in Anstalten untergebrachte Person belief sich auf 2 997 DM (1961 = 2 844 DM).

Die "Fürsorgelast", d. h. der im Durchschnitt auf einen Einwohner entfallende Fürsorgeaufwand, ist von 38,20 DM im Jahre 1961 auf 39,60 DM im Berichtsjahr gestiegen. Die Belastung je Einwohner durch den Aufwand der geschlossenen Fürsorge allein hat sich gegenüber 1961 um 0,91 DM auf 16,86 DM erhöht.

Sozialstatistik

Die Vielfalt der Fälle, die in den Bereich der Fürsorge gehören, hat die statistische Erfassung der von der Fürsorge gewährten Leistungen von jeher erschwert. Es gab daher nur auf Teilgebieten ins einzelne gehende Nachweisungen, so in der Anstaltsfürsorge der Nachweis von Personen und Verpflegungstagen nach Art der Unterbringung. Die allgemeine Fürsorgestatistik brachte im wesentlichen nur Zahlen in Form eines finanziellen Leistungsberichts der Fürsorgeträger. Über die Struktur des Empfängerkreises erfuhr man nur etwas durch Sondererhebungen, deren letzte z. B. die 12 000 in Schleswig-Holstein von der geschlossenen Fürsorge am 31. 3. 1960 betreuten Personen erfaßte. Das wird sich in Zukunft dadurch ändern, daß die Träger der Sozialhilfe gehalten sind, ein sogenanntes Empfängerzählblatt zu führen, das in gewissem Umfang über das Alter, die Berufstätigkeit, die Personengruppe (z. B. Zugewanderter), die Familienverhältnisse und das Einkommen aller Hilfsbedürftigen, die Ursache

der Hilfsbedürftigkeit und den Verwendungszweck von Hilfen berichtet. Damit sprengt die Sozialhilfestatistik den engeren finanzstatistischen Rahmen der bisherigen Fürsorgestatistik und kommt neuzeitlichen Wünschen individualstatistischer Art nach laufender Durchleuchtung des Empfängerkreises entgegen. Von den bisherigen Nachweisungen der geschlossenen Für-

sorge entfällt - jedenfalls für 1963 - der Nachweis der Empfängerzahl nach Anstaltsarten und der Nachweis der Verpflegungstage.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Struktur der geschlossenen Fürsorge 1960" und "Öffentliche Fürsorge 1959 - 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 244 (November) bzw. 1962, S. 388 (Dezember)

Kurzberichte

Soziale Rentenversicherung 1962

Die öffentlich-rechtliche Versicherung bildet die Grundlage der sozialen Vorsorge, insbesondere für die älteren Arbeitnehmer. Neben der Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, neben den Familienhilfen gemäß Kindergeld- und Mutterschutzgesetz, neben der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe (Fürsorge), dem Lastenausgleich und der Kriegsopferversorgung konnten daher die Rentenversicherungen ihren Umfang nicht nur halten, sondern sogar erweitern.

Wie sich die Gesamtzahl der Renten in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein nach dem Kriege bis 1961 stetig erhöht hat, so auch im Jahre 1962. Während 1961 in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der 12 Monate 233 000 Arbeiter- und 87 000 Angestelltenrenten, also zusammen 320 000 Sozialrenten liefen, waren es 1962 234 000 und 88 000, d. h. zusammen 322 000.

Dabei entwickelten sich die einzelnen Rentenarten unterschiedlich: die Zahl der Versicherten-, Witwen- und Witwerrenten stieg von 1961 auf 1962, die der Waisenrenten fiel. Das gilt sowohl für die Arbeiter-, als auch für die Angestelltenrenten. Auf 100 Arbeiterrenten entfielen 1962

60 Versichertenrenten	(59)
34 Witwen- und Witwerrenten	(33)
6 Waisenrenten	(8).

Unter 100 Angestelltenrenten waren

54 Versichertenrenten	(53)
37 Witwen- und Witwerrenten	(36)
9 Waisenrenten	(11).

In der gleichen Richtung, wenn auch nicht geradezu parallel, verlief der Rentenaufwand Schleswig-Holsteins insgesamt und bei den einzelnen Rentenarten. Der Rentenaufwand, der für Arbeiter- und Angestelltenrenten 1961 391 und 222 Mill. DM, also insgesamt 612 Mill. DM ausmachte, belief sich 1962 auf 410 und 239 Mill. DM, das sind insgesamt 649 Mill. DM.

Daß der prozentuale Anstieg des Rentenaufwandes gegenüber 1961 neunmal so groß war wie der des Rentenbestandes, entspricht einer schon in den Vorjahren beobachteten Erscheinung.

Auf die einzelnen Rentenarten wurden 1962 folgende Beträge ausgezahlt: in der Arbeiterrentenversicherung für Versichertenrenten 281 Mill. DM (1961 : 267), für Witwen- und Witwerrenten 118 Mill. DM (111), dagegen für Waisenrenten nur 11 Mill. DM gegenüber 13 im Jahre 1961; in der Angestelltenversicherung für Versichertenrenten 161 Mill. DM (150), für Witwen- und Witwerrenten 71 Mill. DM (65), dagegen für Waisenrenten nur 6,6 Mill. DM gegenüber 7,2 Mill. DM im Vorjahre.

Die durchschnittliche Rentenhöhe pro Jahr ist ebenfalls von 1961 auf 1962 gestiegen. Sie betrug im Durchschnitt aller Renten 2 013 DM, nachdem sie 1961 nur 1 914 DM erreicht hatte, war aber für die beiden Versicherungszweige verschieden hoch, und zwar für die Angestelltenversicherung 2 702 DM, für die Arbeiterrentenversicherung 1 752 DM.

Die durchschnittlichen Monatsbeträge der Renten erreichten 1962 bei den Versicherten der

Die soziale Rentenversicherung in Meßziffern

Jahr	Arbeiterrenten				Angestelltenrenten			
	insgesamt	davon			insgesamt	davon		
		Ver-sicher-ten-	Witwen- und Witwerrenten	Wai-sen-		Ver-sicher-ten-	Witwen- und Witwerrenten	Wai-sen-
	(1958 = 100) Rentenbestand							
1961	103	110	107	60	106	114	112	70
1962	103	113	108	50	107	117	116	61
	(1958 = 100) Ausgezählte Jahresbeträge							
1961	125	128	129	72	131	134	135	82
1962	131	135	136	62	142	144	148	75
	(1958 = 100) Ø Monatsbetrag je Rente							
1961	122	116	121	119	124	117	121	118
1962	127	120	126	123	132	123	128	124

Arbeiterrentenversicherung eine Höhe von 167 DM gegenüber 162 DM im Jahre 1961, bei den Witwen und Witwern 124 DM (119 DM) und bei den Waisen 63 DM (60 DM), bei den Versicherten der Angestelltenversicherung dagegen 283 DM (1961: 269 DM), bei den Witwen und Witwern 181 DM (171 DM) und bei den Waisen 69 DM (65 DM).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß wiederum wie in den Vorjahren die Angestelltenversicherung relativ stärker belastet wurde: ihre Ausgaben stiegen um 8%, während sich der Aufwand der Arbeiterrentenversicherung nur um 5% erhöhte. Der Zahl und dem Aufwande nach waren lediglich die Waisenrenten rückläufig; der Abgang dürfte zum großen Teil auf Kriegsfolgerenten zurückzuführen sein, deren Bezieher die Altersgrenze für Rentenbezug überschritten hatten. Demgegenüber ist die Zahl der Versichertenrenten und der Witwen- und Witwerrenten gestiegen, und zwar in der Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung gleichmäßig. Die über den längeren Zeitraum von 1952 bis 1961 beobachtete stärkere Zunahme von Versichertenrenten in der Angestelltenversicherung findet in den Vergleichszahlen des Jahres 1962 keine Fortsetzung.

Dr. Georg Goldmann

Die öffentliche Verschuldung Ende 1962

Die gesamte Verschuldung der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein belief sich ohne Kassenkredite am 31. 12. 1962 auf 2 597 Mill.

DM, das sind 1 109 DM je Einwohner. Gegenüber dem Schuldenstand vom 31. 12. 1961 bedeutet das eine Zunahme um knapp 3%. Das Land ist an dieser Verschuldung mit 1 787 Mill. DM beteiligt. Seine Verschuldung hat geringfügig um 15 Mill. DM gegenüber dem Stand ein Jahr zuvor abgenommen. An dieser Verschuldung des Landes sind die Ausgleichsforderungen mit 15% beteiligt, die Schulden auf dem Kreditmarkt mit 13%; letztere setzen sich hauptsächlich aus Inhaberschuldverschreibungen (135 Mill. DM) und aus Schulden bei Banken und Sparkassen (61 Mill. DM) zusammen. Die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln, wie z. B. aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (33 Mill. DM) und die Mittel sonstiger Träger der Sozialversicherung (34 Mill. DM) hatten einen Anteil von insgesamt 3,8%. Den größten Anteil machten mit 68% die Schulden bei den Gebietskörperschaften aus, insbesondere Wohnbauschulden beim Bund (554 Mill. DM) und beim Lastenausgleichsfonds (312 Mill. DM) und übrige Schulden beim Bund (262 Mill. DM), während die übrigen Schulden beim Lastenausgleichsfonds sich auf 84 Mill. DM beliefen.

Die kommunalen Schulden erreichten am 31. 12. 1962 811 Mill. DM; sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 97 Mill. DM oder 14%. Von den 1 628 Gemeinden, Ämtern und Landkreisen waren 1 341 verschuldet. Unverschuldet waren lediglich eine Gemeinde von 1 000 bis unter 2 000 Einwohner und 149 von 1 102 Gemeinden unter 1 000 Einwohner sowie die Mehrzahl der Ämter (137 von 219).

Neuverschuldung der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein

— Stand 31. 12. 1962 —

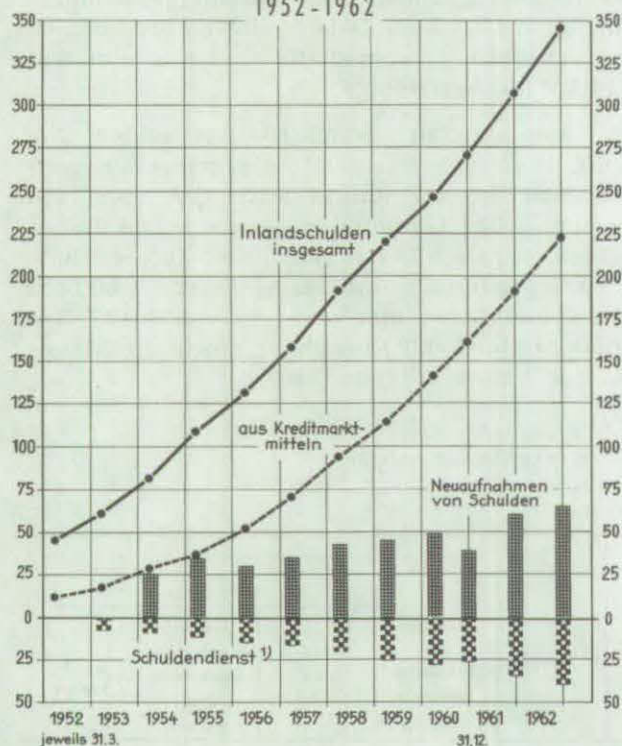
Schuldenart — Verwendung	Insgesamt		davon				
			Land	Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon		
					kreis- freie Städte	kreis- angehörige Gemeinden und Ämter	Land- kreise
	1 000 DM		DM je Einwohner				
Schulden insgesamt	2 321 566	991	646	345	478	245	46
davon							
aus Kreditmarktmitteln	751 409	321	98	223	358	142	25
aus öffentlichen Sondermitteln	165 607	71	29	42	59	32	2
bei Gebietskörperschaften	1 404 551	600	519	81	60	71	18
Die Schulden wurden u. a. verwendet für							
Schulen	—	—	—	54	86	31	9
Bau- und Wohnungswesen	—	—	—	79	85	62	14
Öffentliche Einrichtungen	—	—	—	67	84	59	1
Wirtschaftliche Unternehmen	—	—	—	94	178	56	4
Schuldendienst insgesamt	—	—	—	38	48	27	7
davon							
Zinsen	—	—	—	16	25	10	2
Tilgung	—	—	—	22	23	17	5

Wie bereits in den Vorjahren sind die Darlehen, die auf dem Kreditmarkt aufgenommen wurden, am stärksten angestiegen, und zwar um 74,5 Mill. DM oder 17%. Diese Darlehen erreichen nunmehr einen Anteil von 65% an den seit 1948 aufgenommenen Schulden. Die Schulden bei Gebietskörperschaften stiegen um 11 Mill. DM auf 189 Mill. DM an. Die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln erreichten 98 Mill. DM (+ 11 Mill. DM).

Im Laufe des Jahres 1962 wurden insgesamt 153 Mill. DM Schulden neu aufgenommen gegenüber 140 Mill. DM ein Jahr zuvor, und zwar zu 30,5% (Vorjahr: 23,1%) für wirtschaftliche Unternehmen, zu 24% (22%) für öffentliche Einrichtungen, zu 21% (18%) für Bau- und Wohnungswesen und zu 7% (16% im Vorjahr!) für Schulen.

D-3253

ENTWICKLUNG DER KOMMUNALEN VERSCHULDUNG IN DM JE EINWOHNER 1952-1962



¹⁾ Kassenangaben

Im ganzen betrachtet steigt die Verschuldung mit wachsender Gemeindegrößenklasse. Die Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern waren mit 108 DM je Einwohner verschuldet; diese Verschuldung steigt bis 372 DM je Einwohner bei den Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohner, sinkt dann auf 334 DM je Einwohner bei Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern ab und erreicht bei den kreisfreien Städten die beachtliche Höhe von 479 DM je Einwohner.

Die innere Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände belief sich 1962 auf 53 Mill. DM (Vorjahr: 23 Mill. DM, Ende 1960 dagegen nur 17 Mill. DM). Sie entstand hauptsächlich durch die Verschuldung der Eigenbetriebe bei ihren Gemeinden (29,3 Mill. DM; darunter entfallen 25,9 Mill. DM auf die kreisfreien Städte) und durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklagen (13,9 Mill. DM) und wurde für die verschiedensten Verwendungszwecke ausgegeben. Schwerpunkte im Rechnungsjahr 1962 waren u.a. die Verschuldung für Hafen- und Umschlagunternehmen (4,6 Mill. DM), Kurbetriebe (3,5 Mill. DM), allgemeines Grundvermögen (3,4 Mill. DM) und für Straßen, Wege und Brücken (2,3 Mill. DM).

Der Schuldendienst im Rechnungsjahr 1962 erreichte 89 Mill. DM (Vorjahr: 78 Mill. DM); dagegen wurden für Tilgungen 51,4 Mill. DM (Vorjahr: 43,2 Mill. DM) aufgebracht. 26,6 Mill. DM wurden aus allgemeinen Deckungsmitteln gezahlt, 15,5 Mill. DM aus speziellen Deckungsmitteln. Von dem gesamten Schuldendienst wurden 20 Mill. DM, darunter 9,3 Mill. DM an Tilgungen, von wirtschaftlichen Unternehmen aufgebracht.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Die öffentliche Verschuldung am 31. 12. 1961" in Stat. Monatsh. 1962, S. 243 (August) und "Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden am 31. Dezember 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 303 (Mai)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Kreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehend durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	2 341	2 339	2 342	2 345	2 358	2 361
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen										
*Anzahl		1 654	1 888	2 014	2 454	2 122	1 786	2 440	1 881	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,7	10,2	12,8	10,7	9,2	12,2	9,7	...
Lebendgeborene										
*Anzahl		2 867	3 435	3 681	3 358	3 366	3 784	3 863	3 564	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	17,6	18,6	17,5	16,9	19,5	19,3	18,4	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 329	2 332	2 213	2 148	2 415	2 373	2 109	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,9	11,8	11,5	10,8	12,5	11,8	10,9	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	83	85	83	71	77	91	85	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	24,0	23,1	24,7	21,1	20,3	23,6	23,8	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 106	1 349	1 145	1 218	1 369	1 490	1 455	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	5,7	6,8	6,0	6,1	7,1	7,4	7,5	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	6 876	8 346	6 883	7 857	9 188	7 853
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	6 144	6 512	5 268	5 802	7 744	6 349
*Wanderungsgewinn		260	732	1 834	1 615	2 055	1 444	1 504
*Umzüge innerhalb des Landes ¹⁾		9 666	9 436	11 154	7 841	8 960	13 281	10 987
Wanderungsfälle ¹⁾										
Anzahl		22 452	22 456	26 012	19 992	22 619	30 213	25 189
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	163	187	145	159	224	181
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	1 000	741 ⁺	817 ⁺	.	826	.	.	.	838	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	542 ⁺	.	546	.	.	.	552	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	9	7	6	5	10	8	6	6
darunter *Männer	1 000	31	5	4	3	3	5	4	3	3
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,1	0,8	0,7	0,6	1,2	0,9	0,8	0,7
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 306 ^a	.	1 398	.	.	.	1 416	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	478 ^a	.	465	.	.	.	475	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 655 ^a	.	1 653	.	.	.	1 529	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	168 ^a	.	174	.	.	.	175	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	104 ^a	.	111	.	.	.	114	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	22	17	15	18	21	22	17	23
*Kälber	1 000 St	5	4	4	3	3	8	6	3	3
*Schweine	1 000 St	81 ^b	128 ^c	115	109	118	133	110	101	121
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	3	2	2	7	3	1	1
*Gesamtschlachtgewicht ³⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	15,5	14,2	13,1	14,6	16,3	14,7	12,8	15,7
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	5,0	4,0	3,4	4,1	4,8	5,0	3,7	5,0
*Schweine	1 000 t	5,9	10,2	10,0	9,4	10,2	11,1	9,3	8,8	10,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	235	239	225	228	227	226	221	219
*Kälber	kg	49	51	54	55	57	50	54	57	58
*Schweine	kg	89	88	89	88	88	88	87	88	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	158	213	204	185	201	217	206	184
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,2	14,7	14,6	12,8	14,0	14,6	14,4	12,4
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	91	92	92	90	92	92	93

*.) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte

b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1962/63 = 21

+.) = Vierteljahresdurchschnitt

3) gewerbliche Schlachtungen a) Dezember

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
INDUSTRIE ⁴										
*Beschäftigte ⁵⁾	1 000	164	176	177	176	176	174	174	174	...
darunter *Arbeiter	1 000	136	143	143	143	142	140	140	139	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	1 000	24 439	24 195	25 052	23 540	22 266	23 298	24 397	21 531	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	77,9	79,3	78,2	79,1	78,6	81,9	79,3	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	26,3	25,5	26,2	25,9	27,6	28,1	28,5	...
*Brennstoffverbrauch ⁷⁾	1 000 SKE	74	62	58	58	55	52	56	54	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 812	10 078	10 656	10 872	8 849	9 564	10 426	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	56	53	48	51	63	64	59	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	92	92	87	89	93	99	88	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	24	22	20	22	26	27	27	...
*Umsatz ⁸⁾	Mill. DM	479	620	631	607	578	692	661	650	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	72	84	77	66	130	83	75	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	282	285	280	249	306	313	309	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		193	262	307	315	318	301	339	326	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	153	143	148	150	143	152	136	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	145	150	152	93	156	157	147	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 132	1 157	1 059	1 087	1 579	1 306	1 424	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	105	120	116	113	106	112	136	...
papierherzeugenden Industrie		256	316	320	311	322	286	347	350	...
Schiffbaues		312	229	239	225	189	262	265	274	...
Maschinenbaues		273	296	298	301	244	303	339	295	...
elektrotechnischen Industrie		508	620	601	575	481	562	528	583	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	859	822	773	794	986	929	988	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	242	260	238	220	250	270	271	...
lederherzeugenden Industrie		116	83	60	58	80	83	87	86	...
Schuhindustrie		217	250	268	207	135	259	263	283	...
Textilindustrie		195	153	156	152	89	164	178	180	...
Bekleidungsindustrie		127	160	172	128	115	174	166	120	...
Fleischwarenindustrie		169	222	228	214	202	213	210	222	...
fischverarbeitenden Industrie		189	212	202	144	189	215	206	150	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	140	190	185	149	185	193	197	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	260	270	261	261	254	269	271	...
Bauproduktion		190	248	288	294	271	332	385	369	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	114	108	84	91	102	99	71	77
*Stromverbrauch ⁹⁾	Mill. kWh	143	213	199	185	191	215	213	190	203
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. cbm	17	19	19	17	18	21	19	15	17

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 5) einschl. gewerblicher Lehrlinge 6) einschl. Lehrlingsstunden 7) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) einschl. Verluste 10) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹¹										
*Beschäftigte		55 228	64 932	65 903	66 145	67 565	p67 712	p68 747	p69 443	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 776	11 545	11 333	11 268	p11 490	p12 148	p11 654	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 972	4 742	4 459	4 547	p 4 871	p 4 929	p 4 626	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	38,1	44,5	44,0	44,3	p 47,0	p 52,2	p 51,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,8	2,7	2,6	2,8	p 2,8	p 2,9	p 3,2	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	123,5	123,7	132,0	146,8	p 90,1	p 137,7	p 141,1	...
Baugenehmigungen ¹²										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹³⁾		922	1 073	1 090	1 031	1 502	1 086	1 460	810	1 694
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	340	390	366	376	303	380	351	441
Veranschlagte reine Baukosten ¹³⁾										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	102,2	107,5	111,5	134,6	104,6	132,4	97,8	160,1
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	72,6	79,0	78,1	100,8	82,4	98,9	70,5	127,1
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹³⁾										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 350	1 473	1 528	1 858	1 340	1 823	1 155	1 973
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	870	960	926	1 252	949	1 133	743	1 439
*Wohnungen		2 109	2 479	2 839	2 733	3 548	2 657	3 057	2 189	4 223
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 215	2 448	2 397	3 273	2 373	2 790	1 902	3 955
Baufertigstellungen										
Wohnungen 14)		1 533	2 190	1 436	946	1 238	576	843	1 236	1 281
Wohnräume 15)		6 064	8 725	5 827	3 696	5 113	2 384	3 567	5 208	5 622
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	-	-	98	103	99	100	107	97	109
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		-	-	97	106	101	102	103	100	106
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		-	-	99	106	93	94	115	91	102
*Hausrat und Wohnbedarf		-	-	102	88	92	89	95	79	95
*Sonstige Waren		-	-	100	100	97	106	110	99	111
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	527	634	449	392	622	322	474
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 650	1 023	728	2 589	676	810	1 154	832
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	15 900	17 258	15 161	15 760	15 226	19 157	14 514	16 074
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 421	33 337	29 610	32 339	30 273	33 474	27 780	34 187
*Ausfuhr nach Warengruppen ¹⁶	Mill. DM	67,7	81,7	111,5	60,7	86,7	132,3	88,4	83,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	5,5	4,3	4,2	4,9	6,2	5,9	3,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	76,2	107,2	56,5	81,8	126,1	82,4	79,2	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,1	3,3	3,3	3,2	3,3	2,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,4	9,4	6,9	8,3	12,1	11,6	9,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	64,7	94,7	46,2	70,3	110,8	67,5	67,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,6	3,4	3,5	4,0	3,6	4,2	2,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	61,1	91,3	42,7	66,3	107,1	63,3	64,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ¹⁶										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	19,7	27,6	14,8	26,4	21,0	20,5	15,3	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,5	5,4	5,4	5,5	6,0	6,9	3,9	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,5	15,3	4,4	15,9	7,6	7,2	5,2	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	36,2	63,2	27,0	38,3	25,0	36,5	48,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	6,5	6,7	5,1	6,8	5,2	19,2	5,1	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	4,1	3,1	3,1	11,6	5,3	4,7	4,5	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	13,5	38,1	9,2	8,8	2,0	2,5	26,0	...
Schweden	Mill. DM	6,3	5,1	8,4	3,6	4,5	6,1	4,3	7,0	...
Fremdenverkehr ¹⁷										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	138	114	217	345	102	125	247	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	16	14	23	52	14	16	28	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	860	432	1 337	2 936	321	460	1 475	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	33	24	44	108	24	29	55	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 11) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet)
 und Wiederaufbau, ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude 14) Normalbau
 16) 1963 = vorläufige Zahlen 17) ab April 1963 = vorläufige Zahlen

12) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 13) nur Neubau
 15) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		Einheit	1958	1962	1962			1963			
			Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
VERKEHR											
Seeschifffahrt ¹⁸											
	Güterempfang	1 000 t	377	549	602	567	549	574	679
	Güterversand	1 000 t	102	158	160	160	151	177	181
Binnenschifffahrt											
	*Güterempfang	1 000 t	126	174	151	224	193	209	197	168	202
	*Güterversand	1 000 t	195	294	339	317	359	356	343	346	385
Nord-Ostsee-Kanal ¹⁹											
Schiffsverkehr											
	Schiffe		5 645	6 731	7 055	7 252	7 575	5 675	7 151	7 502	7 924
	darunter deutsche	%	65,5	64,4	65,4	64,6	64,2	68,4	67,1	64,9	64,5
	Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 619	3 496	3 717	3 844	3 062	3 816	3 984	4 238
	darunter deutscher Anteil	%	30,3	26,8	27,5	28,0	27,4	24,6	26,5	26,6	27,2
	Güterverkehr	1 000 t	3 840	5 056	4 856	5 197	5 266	4 223	5 395	5 378	6 001
	und zwar										
	auf deutschen Schiffen	%	32,6	29,3	29,9	30,2	30,7	28,3	27,7	28,8	29,4
	Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 404	2 461	2 536	2 196	2 174	2 733	2 356	2 508
	Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 652	2 395	2 661	3 070	2 050	2 662	3 022	3 493
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
	darunter		3 262	4 676	5 555	4 932	4 236	6 499	6 460	4 637	...
	*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	72	143	133	74	71	55	53	...
	*Personenkraftwagen		2 107	3 481	4 229	3 677	3 071	4 949	5 161	3 497	...
	*Kombinationskraftwagen		175	285	345	283	264	361	378	353	...
	*Lastkraftwagen		293	403	432	421	399	505	449	352	...
Straßenverkehrsunfälle											
	*Unfälle mit Personenschaden		918	1 081	1 069	1 282	1 266	884	1 123	1 323	pl 288
	*Getötete Personen ²⁰⁾		40	53	39	55	61	39	53	55	p 71
	*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 374	1 697	1 714	1 200	1 439	1 778	pl 705
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²¹⁾											
	*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	5 705 ^d	5 265	5 378	5 414	5 977	6 076	6 165	...
	davon										
	*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	938 ^d	1 632 ^d	1 574	1 635	1 628	1 706	1 741	1 780	...
	darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 622 ^d	1 563	1 627	1 622	1 696	1 732	1 771	...
	*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	21 65 ^d	4 073 ^d	3 691	3 743	3 786	4 271	4 335	4 385	...
	darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 501 ^d	3 179	3 217	3 254	3 687	3 732	3 780	...
	*Einlagen von Nichtbanken ²¹⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 603 ^d	3 243	3 245	3 311	3 589	3 600
	davon										
	*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 585 ^d	1 397	1 379	1 427	1 460	1 462
	darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 219 ^d	1 079	1 062	1 102	1 154	1 138	1 210	...
	*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	2 018 ^d	1 846	1 866	1 884	2 129	2 138
	darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 362 ^d	1 247	1 257	1 264	1 450	1 457	1 467	1 480
	*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	99	84	86	98	91	101
	*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	74	68	66	80	78	92
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			9	7	4	6	5	9	3	7	12
*Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			2	0,3	-	1	-	1	2	-	-
Wechselproteste		Anzahl	636	686	639	648	632	1 100	1 145
	Wert	1 000 DM	465	621	532	505	725	668	926
STEUERN ²²											
*Landessteuern											
	darunter	1 000 DM	32 185	60 636	40 468	89 972	46 089	43 272	44 287	99 680	48 953
	*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 344	5 554	827	332	676	6 155	603	538
	*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	6 157	6 008	5 702	6 423	8 268	6 994	6 046	7 666
	*Biersteuer	1 000 DM	420	595	533	627	618	430	533	697	782
*Bundessteuern											
	darunter	1 000 DM	93 577	129 527	111 422	140 735	125 064	112 543	115 547	159 438	131 959
	*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	42 506	38 812	37 035	45 974	38 597	40 306	46 634	46 047
	*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 244	1 167	1 320	1 427	1 312	1 345	1 321	1 565
	*Zölle	1 000 DM	7 838	8 368	2 801	8 252	10 893	3 635	6 018	5 248	3 713
	*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	51 485	54 875	51 400	47 819	53 057	53 322	58 235	60 830
	darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	38 451	35 891	33 482	37 945	32 496	32 174	36 162	37 023
	*Notopfer Berlin	1 000 DM	354	25	12	95	16	17	29	15	13
außerdem *Lastenausgleichsabgaben											
		1 000 DM	5 396	6 378	11 305	3 281	3 485	3 608	10 394	1 770	1 941

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

18) Monatsangaben 1962/63 = vorläufige Zahlen

19) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe"

20) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an

den Unfallfolgen verstorbenen Personen

21) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes

22) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalender-

jahr d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: STEUERN										
23)										
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	37 688	73 999	39 369	121 810	54 100	45 501	41 508	137 104	56 545
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	30 754	22 793	26 199	37 117	21 595	23 884	31 045	40 845
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	33 229	14 428	71 766	13 508	20 875	14 562	82 541	13 426
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	683	601	873	1 604	529	175	423	1 363
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 333	1 547	22 973	1 870	2 503	2 887	23 094	911
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	80 800 ⁺	79 248 ^e	.	.	83 409 ^e	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 994 ⁺	6 952 ^e	.	.	7 430 ^e	.	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	13 883 ⁺	13 334 ^e	.	.	12 900 ^e	.	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	.	321 ⁺	238 ^e	.	.	248 ^e	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	53 651 ⁺	53 038 ^e	.	.	57 188 ^e	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 952 ⁺	5 686 ^e	.	.	5 643 ^e	.	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 024 ⁺	5 649 ^e	.	.	5 999 ^e	.	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100,0	93,6	94,5	93,7	92,8	95,7	95,3	p 95,0	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1958=100	100,0	100,5	100,6	100,6	100,7	100,4	100,4	p100,4	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100,0	100,1	100,0	99,8	99,6	100,3	100,6	p100,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100,0 ^f	103,0	103,1	103,1	103,1	103,5	103,4	103,5	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	102,7 ^g	107,0	107,4	107,8	108,2	p107,4	p106,9	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100,0	132,4	132,4	.	.	.	140,4	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100,0 ^f	106,5 ^g	108,3	108,3	107,9	111,7	r111,9	112,0	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100 ^h	107	107	108	110	110	109	109	...
Preisindex für die Lebenshaltung ²⁴⁾	1958=100	100,0	108,7	109,2	109,8	110,3	112,8	112,4	112,2	111,6
darunter										
Ernährung		100,0	108,3	110,2	111,5	112,3	114,1	112,9	112,1	110,3
Wohnung		100,0	121,7	121,3	121,3	122,3	128,6	128,8	128,9	129,8
Heizung und Beleuchtung		100,0	105,9	104,2	104,5	105,1	108,1	107,3	107,4	107,7
Bekleidung		100,0	105,9	106,8	106,9	107,0	109,2	109,4	109,4	109,6
Hausrat		100,0	103,6	103,3	103,4	103,6	104,2	104,2	104,2	104,2
LÖHNE UND GEHALTER ²⁵⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ²⁶⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	162,89	164,41	.	.	.	176,22	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	173,75	174,62	.	.	.	186,07	.	.
*weiblich	DM	67,56	97,84	97,29	.	.	.	104,83	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	345,4	344,6	.	.	.	375,7	.	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	366,8	365,1	.	.	.	397,5	.	.
*weiblich	Pf	152,9	228,6	228,2	.	.	.	247,2	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,2	47,7	.	.	.	46,9	.	.
*weiblich	Std.	44,2	42,8	42,6	.	.	.	42,4	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,2	43,7	.	.	.	42,3	.	.
*weiblich	Std.	41,4	40,2	38,8	.	.	.	38,0	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ²⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	792	784	.	.	.	835	.	.
*weiblich	DM	382	519	513	.	.	.	553	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	919	908	.	.	.	971	.	.
*weiblich	DM	403	545	527	.	.	.	570	.	.
im Handel ²⁷⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	739	722	.	.	.	775	.	.
*weiblich	DM	331	445	432	.	.	.	478	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	776	746	.	.	.	806	.	.
*weiblich	DM	259	365	360	.	.	.	398	.	.
in Industrie ²⁶⁾ und Handel ²⁷⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	756	741	.	.	.	794	.	.
*weiblich	DM	347	466	455	.	.	.	499	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	912	900	.	.	.	962	.	.
*weiblich	DM	391	539	522	.	.	.	559	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

23) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 24) 4-Personen-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 25) Effektivverdienste: 1958 und 1962 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 26) einschl. Bau 27) Handel, Kreditinstitute, Versicherungen e) 1. 4. - 30. 6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1961-62 (Juli - Juni)

h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A
erscheint im monatlichen Wechsel mit B

	Zeit 1)	Einheit	1950	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 253	2 257	2 267	2 280	2 294	2 321	2 341
Mehr geboren als gestorben	JS	1 000	17	7	7	8	11	10	13	13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13	+ 9
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30. 9.	1 000	650	741	757	772	770	791	813	828
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1 000	104	81	78	72	56	54	52	50
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1 000	260	334	346	355	360	373	385	392
Handel und Verkehr	30. 9.	1 000	121	158	163	171	177	183	188	194
Arbeitslose	30. 9.	1 000	178	45	34	27	17	11	7	6
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9	0,7
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	337	323	314	306	302	304	303
je 1 000 Einwohner	Mai		182	150	143	138	134	132	131	130
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 879	7 612	8 429	9 011	9 791 ^a	10 844 ^a	11 735 ^a
je Einwohner		DM	1 488	3 054	3 371	3 715	3 952	4 269 ^a	4 679 ^a	5 013 ^a
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3. 12.	1 000	167	87	80	72	58	46	38	31
Rinder	3. 12.	1 000	999	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251	1 306
darunter Milchkühe	3. 12.	1 000	458	431	431	426	441	460	467	478
Schweine	3. 12.	1 000	1 031	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636	1 655
Schafe ⁴⁾	3. 12.	1 000	129	112	116	119	113	105	109	113
Hühner	3. 12.	1 000	3 827	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259	4 265
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	229	280	293	295	341	342	356
Schweine	JS	1 000	818	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021	2 307
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831	1 902
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 711	3 857	3 946	3 951	3 980	3 980	4 076
INDUSTRIE ⁶										
Beschäftigte	JD	1 000	109	158	164	164	162	168	174	176
je 1 000 Einwohner			42	70	73	72	71	73	75	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	534	581	638	659	747	835	934
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	156	173	197	210	238	275	315
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011	7 446
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	627	766	782	840	987	945	868
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	197	214	224	236	255	278	p 281
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	22,3	23,4	25,3	28,5	29,6	29,7	29,8
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0	26,6
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9	26,3
je 1 000 Einwohner			6,9	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1	11,3
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9	47,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2	104,7
je 1 000 Einwohner			23,1	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1	44,9
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31. 12.	1 000	461,4	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4	716,0
Wohnräumen	31. 12.	1 000	1 853	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632	2 734

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt;
generell bereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerb. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes,
ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Für diese Tabelle sind 34 Gegenstände ausgewählt, die abwechselnd veröffentlicht werden

KREISFREIE STADT Kreis	Wohn- bevölkerung am 31.3.1963	Arbeitslose am 30.9.1962	Industrie ¹⁾		Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1.1. bis 30.6.1963			
			Beschäf- tigte am 30.6.1963	Umsatz ²⁾ in Mill. DM im Juni 1963	ins- gesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
						in 1 000 DM	je Einwohner in DM	Veränderung in % geg. 1.1.-30.6.1962
FLENSBURG	97 310	291	6 972	19,7	8 624	6 687	69	+ 10
KIEL	270 905	1 116	32 703	109,9	27 992	22 563	83	+ 3
LÜBECK	236 620	955	34 025	97,1	28 124	21 601	91	+ 3
NEUMÜNSTER	75 065	246	12 641	23,7	7 073	5 393	72	+ 2
Eckernförde	65 309	86	1 856	4,2	3 239	1 610	25	+ 9
Eiderstedt	18 983	36	420	2,1	1 320	596	31	+ 7
Eutin	90 231	270	4 198	14,3	5 781	3 505	39	+ 13
Flensburg-Land	66 433	108	651	2,2	2 611	1 292	20	+ 27
Hzgt. Lauenburg	133 569	293	8 696	19,8	7 440	4 290	32	- 13
Husum	64 183	94	909	2,1	3 599	1 939	30	+ 11
Norderdithmarschen	58 087	87	1 200	2,7	3 726	2 000	34	+ 19
Oldenburg (Holstein)	80 402	308	1 231	6,6	4 844	2 673	33	+ 21
Pinneberg	224 704	381	20 945	86,5	19 730	14 775	66	+ 6
Plön	111 243	326	2 445	9,8	5 191	2 555	23	+ 5
Rendsburg	160 125	366	9 304	34,1	9 165	5 832	36	- 2
Schleswig	98 631	86	3 972	24,6	5 810	3 611	37	+ 20
Segeberg	97 969	93	5 006	16,5	4 688	2 647	27	+ 23
Steinburg	122 937	160	10 846	38,5	10 809	7 965	65	+ 8
Stormarn	148 928	251	9 731	86,4	11 279	8 158	55	+ 11
Süderdithmarschen	72 282	58	4 790	44,8	5 100	3 207	44	+ 9
Südtondern	61 409	58	995	4,7	3 948	2 430	40	- 11
Schleswig-Holstein	2 355 325	5 669	173 536	650,3	180 094	125 337	53	+ 5

KREISFREIE STADT Kreis	Öffentliche Fürsorge einschl. Tbc-Hilfe						
	Laufend unterstützte Personen in der offenen Fürsorge am 31.12.1962		Aufwand im Jahre 1962				
			insgesamt		offene	geschlossene	soziale
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	(einschl. soziale Fürsorge) Fürsorge 1 000 DM		
FLENSBURG	2 024	20,7	3 241	33,28	1 702	949	342
KIEL	6 393	23,6	10 276	37,75	5 309	3 574	810
LÜBECK	4 888	20,7	9 098	38,44	4 783	2 718	949
NEUMÜNSTER	1 592	21,2	2 328	30,96	1 185	664	223
Eckernförde	1 373	21,1	2 272	35,15	1 276	503	271
Eiderstedt	288	15,1	485	25,25	253	84	102
Eutin	2 157	24,0	2 909	32,31	1 463	624	503
Flensburg-Land	889	13,4	1 612	24,76	661	523	278
Hzgt. Lauenburg	2 097	15,8	3 179	24,07	1 592	686	458
Husum	851	13,3	1 473	23,19	739	357	247
Norderdithmarschen	785	13,5	1 306	22,60	599	240	303
Oldenburg (Holstein)	1 105	13,8	1 762	22,04	869	331	304
Pinneberg	2 135	9,6	4 616	20,92	1 824	1 729	527
Plön	2 067	18,6	2 877	26,11	1 532	496	507
Rendsburg	2 459	15,4	4 082	25,59	2 154	884	526
Schleswig	1 598	16,2	2 734	27,91	1 329	605	506
Segeberg	1 115	11,4	2 099	21,70	899	577	304
Steinburg	2 159	17,6	3 305	26,98	1 672	585	614
Stormarn	1 498	10,1	3 095	21,11	1 288	1 056	352
Süderdithmarschen	1 408	19,5	1 828	25,35	1 078	282	269
Südtondern	685	11,2	1 548	25,14	662	474	270
Schleswig-Holstein ³⁾	43 865	18,7	92 677	39,58	33 116	37 468	9 480

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

2) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

3) bei "öffentliche Fürsorge": einschl. Landes-

sozialamt, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebenen Wohnbevölkerung in 1 000	31.3.1963 ¹⁾	55 214	2 355	1 848	6 741	720	16 232	4 949	3 482	8 028	9 760	1 100
Veränderung in %												
31. 3. 1963 geg. VZ 1939 ²⁾	"	+ 37	+ 48	+ 8	+ 48	+ 28	+ 36	+ 42	+ 18	+ 47	+ 38	+ 21
31. 3. 1963 geg. VZ 1950 ²⁾	"	+ 15	- 9	+ 18	- 0	+ 32	+ 25	+ 16	+ 18	+ 27	+ 7	+ 15
Bevölkerungsdichte Einwohner je qkm	"	223	150	2 473	142	1 783	478	234	176	225	138	428
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR¹⁾												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1 000	Mai 1962	6 664	303	179	891	85	1 913	562	459	938	1 181 ^a	153
je 1 000 Einwohner	"	122	130	97	133	119	119	115	133	119	123 ^a	141
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾ in 1 000	30.6.1963	21 562	838	847	2 435	306	6 922	1 904	1 581 ^b	3 198	3 530	x
Arbeitslose in 1 000	31.7.1963	97	6	4	13	3	34	7	6	3	21	.
je 100 Arbeitnehmer ⁴⁾	"	0,4	0,7	0,4	0,5	0,9	0,5	0,4	0,4	0,1	0,6	.
VOLKSEINKOMMEN⁵⁾												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1961 ⁶⁾	311 ^b	11	18	33	5	101	28	15	46	48	.
	1962 ⁷⁾	338 ^b	12	19	36	6	109	30	17	51	53	.
in DM je Einwohner	1961 ⁶⁾	5 765 ^b	4 679	9 785	4 989	7 334	6 362	5 723	4 425	5 994	5 076	.
	1962	6 173 ^b	5 013	10 425	5 400	7 918	6 742	6 160	4 774	6 424	5 494	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Juni 1963	2 030	206	3	451	3	336	129	91	235	565	12
in kg je Kuh und Tag	"	11,4	14,4	15,0	14,5	14,4	13,8	10,8	9,2	9,0	9,6	11,2
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁸⁾ in 1 000	30.4.1963	8 016	174	225	741	97	2 829	688	367	1 458	1 268	169
je 1 000 Einwohner	"	145	74	122	110	135	174	139	105	182	130	154
Umsatz 8) in Mill. DM	April 1963	25 211	692	1 109	2 640	396	9 299	2 015	1 149	4 163	3 345	403
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	4 030	130	134	518	64	1 408	376	176	664	429	131
Produktionsindex 9) (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	290	305	255	376	266	.	342	357	298	.	.
BAUWIRTSCHAFT^{1) 10)} UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	30.4.1963	1 564	68	49	198	25	434	141	98	239	277	35
je 1 000 Einwohner	"	28,3	28,7	28,6	29,3	35,3	26,8	28,4	28,2	29,8	28,4	31,5
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	April 1963	253	11	8	33	4	74	20	16	40	41	6
je Einwohner	"	4,6	4,9	4,3	4,9	5,8	4,5	4,1	4,7	5,0	4,2	5,1
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹¹⁾ Anzahl	Mai 1963	50 265	3 057	913	6 320	648	12 424	4 985	2 727	8 573	9 692	926
je 10 000 Einwohner	"	9,1	13,0	4,9	9,4	9,0	7,7	10,1	7,8	10,7	10,0	8,4
Fertiggestellte Wohnungen Anzahl	"	21 044	843	563	3 144	388	6 684	1 270	1 438	3 500	2 827	387
je 10 000 Einwohner	"	3,8	3,6	3,0	4,7	5,4	4,1	2,6	4,1	4,4	2,9	3,5
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Mai 1963	5 168 ^c	88	165	695	54	1 793	459	224	785	539	167
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹²⁾	1. Vj. 1963	126	83	267	93	156	140	141	83	135	110	88
Bundessteuern ¹³⁾	"	193	153	759	140	394	212	162	131	172	145	120
Gemeindesteuern	"	49	39	74	41	64	54	55	39	51	41	28
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹⁴⁾ in DM je Einwohner	31.5.1963	1 238	908	1 639	1 121	1 323	1 322	1 254	1 076	1 293	1 197	1 096

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland: Stand 14. 11. 1951 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose 5) Die Differenz zwischen der Summe der Länder und dem Bundesergebnis läßt aufgrund mancher Abrundung nicht auf die Leistung der saarländischen Wirtschaft schließen 6) berichtigte vorläufige Ergebnisse 7) erste vorläufige Ergebnisse 8) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 9) Gesamtindex (ohne Bau) 10) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 11) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 12) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 13) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 14) ohne Postspareinlagen a) Stand Oktober 1962 b) einschl. Saarland c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Selte
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	7/196
Ausländer 1962	6/181
Bevölkerungsbewegung	
Haus- und Anstaltsgeburten ✕	3/68
Wanderungen 1961 ✕	1/20
Gesundheitswesen	
Ärzte 1961 ✕	1/22
Infektionskrankheiten 1962 ✕	7/213
Krankenanstalten 1961 ✕	2/55
Sterbefälle 1961 ✕	2/54
Unterricht, Bildung und Kultur	
Hochschulprüfungen	6/182
Lehrernachwuchs	6/182
Wahlen	
Landtagswahlen 1962	2/36
Erwerbstätigkeit	
Streiks 1962	4/122
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft	3/70
Feldfrüchte 1962	4/110
Gemüse 1962	3/77
Gemüseanbau, Entwicklung des - (s)	8/228
Milchwirtschaft 1962	5/151
Obsternte 1962	3/75
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1961	1/23
Vieh- und Fleischwirtschaft 1961/62	4/108
Zwischenfrüchte 1962	5/155
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961	4/104
Arbeitsstätten und Unternehmen 1961	5/142
Kapitalgesellschaften 1962	7/215
Industrie und Handwerk	
Chemische Industrie 1956 - 1962	8/234
Produktion, Industrielle - 1962	3/92
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1962	3/81
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1960 und 1961	2/40
Unternehmen des Einzelhandels 1960	4/113
Unternehmen des Großhandels 1960	1/4
Verkehr	
Autowelle, Die -	8/245
Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge	1/24
Fremdenverkehr in den Seebädern	5/136
Gemeindestraßen	7/205
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959	6/171
Straßenverkehrsunfälle 1961	1/10

Geld, Kredit- und Versicherungswesen

Hypotheken 1962	6/183
Realkreditinstitute	1/14
Realkreditinstitute 1962	7/208
Spareinlagen 1961/62	5/154
Zahlungsschwierigkeiten 1962	4/123

Öffentliche Sozialleistungen

Jugendhilfe 1961	2/46
Krankenstand Winter 1962/63	5/155
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962	6/184

Öffentliche Finanzen

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe	3/86
Landesausgaben, Struktur der -	6/168
Lohneinkommen, Schilditung der - 1961	6/174
Personal der öffentlichen Verwaltung	6/169
Schulen, Ausgaben für -	4/119
Steueraufkommen 1962	7/200
Umsätze und ihre Besteuerung 1961	1/15

Preise

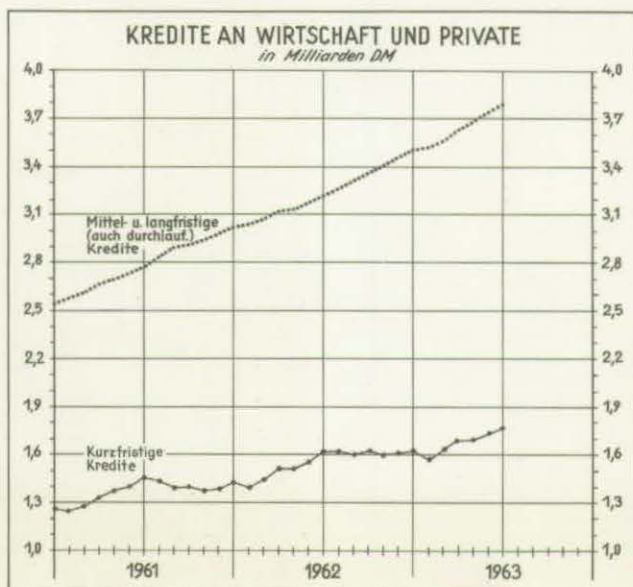
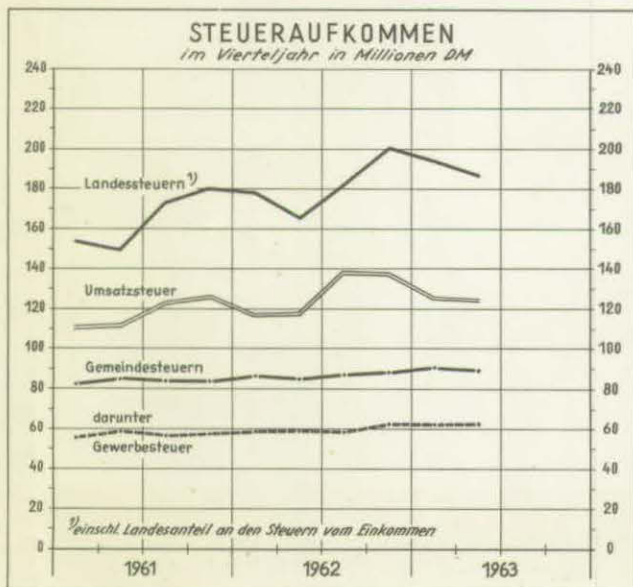
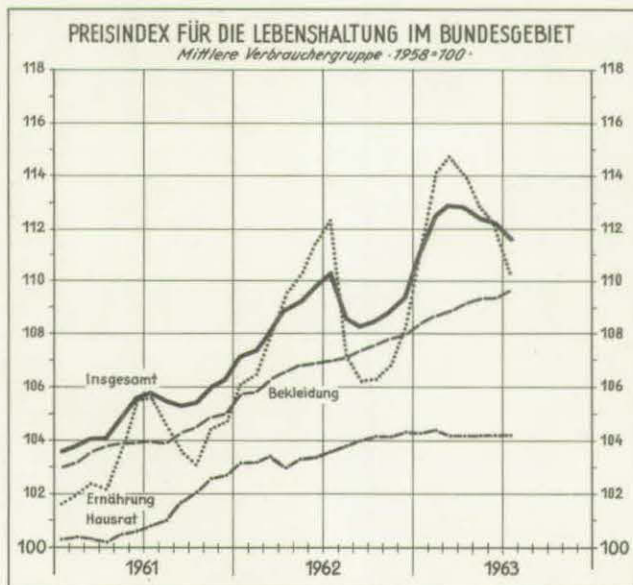
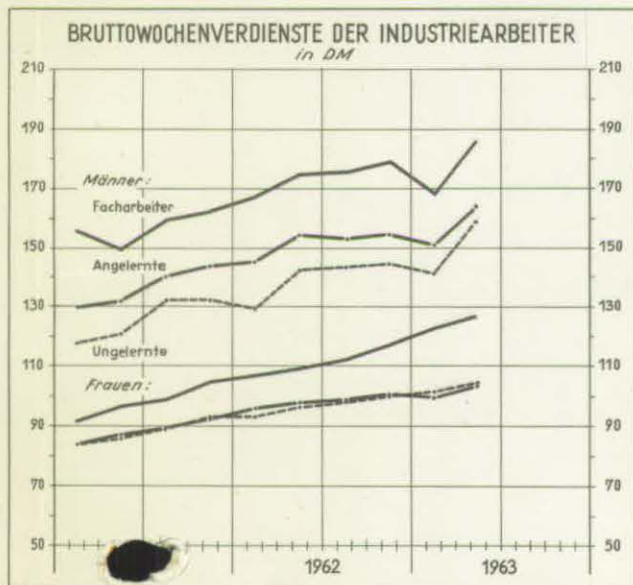
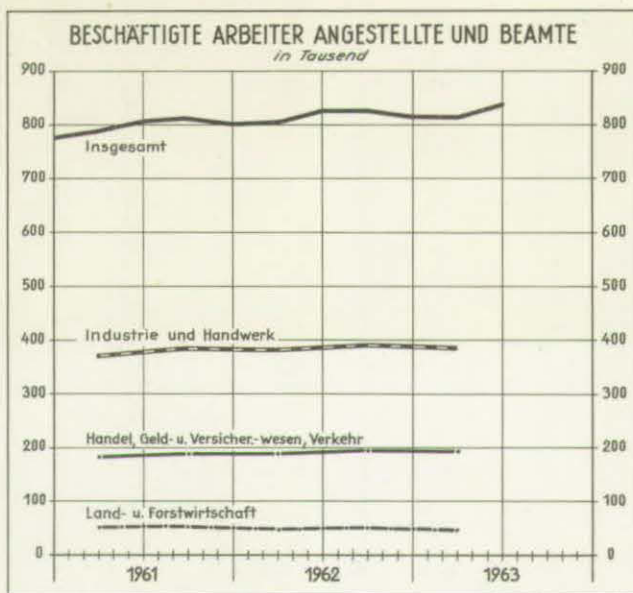
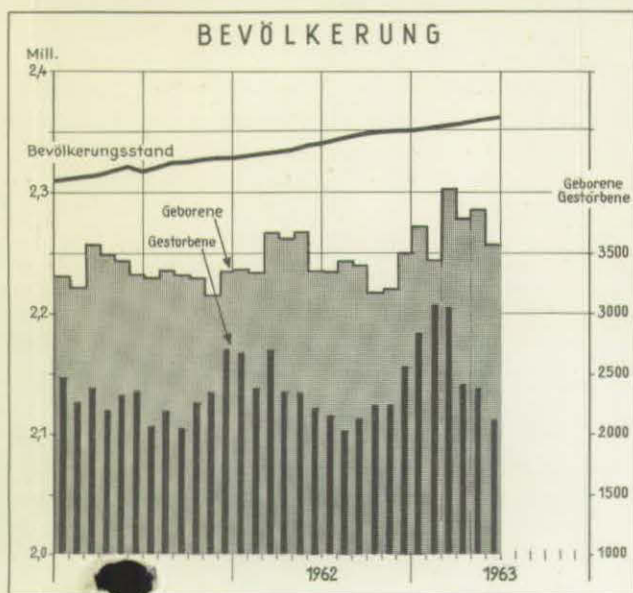
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	3/79
Wohnungsbau, Preisanstieg im -	2/47

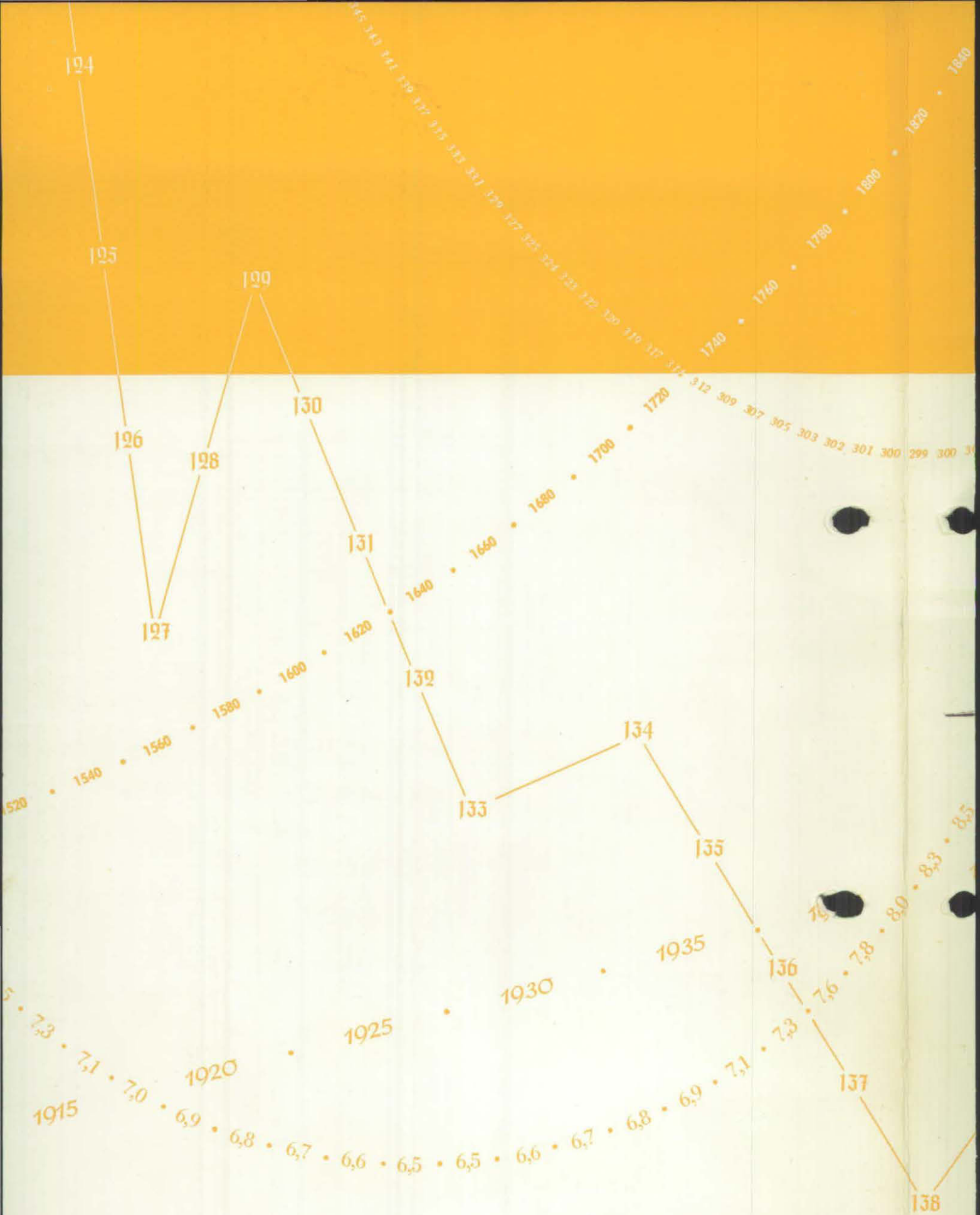
Löhne und Gehälter

Landwirtschaft, Arbeiterverdienste in der -	4/124
Erwerbsgartenbau, Lohnstruktur im -	6/176
Forstwirtschaft, Lohnstruktur in der -	6/180
Verdienste 1957 und 1962	2/51

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02

Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen